Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis: öS 8,-
P.b.b.

Erscheint jeden zweiten Montag. **Redaktion:** Kleine Neugasse 11/18, 1050 Wien.
Abonnement: Jahresabonnement S 180.- Halbjahresabonnement S 100.- **Zu beziehen über:** KB Österreichs — Vertrieb

Nr.19/80
11.8.1980

Lohnverzicht ändert nichts an Inflation!

Als am 1. September 1979 der Metallarbeiter-Kollektivvertrag in Kraft trat, lag der Verbraucherpreisindex (VPI; 1976=100) bei 113,8%. Im Juni 1980 lag er bereits bei 119,9%. Also Preissteigerungen von 6,1% in zehn Monaten. Geht die Entwicklung so weiter – und die Entwicklung der Großhandelspreise kündigt das an – dann werden die Löhne zum Termin der Sitzung des Zentralvorstandes der Metall- und Bergarbeiter bereits um 7,3% entwertet worden sein. Die Jahresinflation für 1980 wird dagegen nur mit 6% prognostiziert. Unabhängig davon, ob sie höher ausfällt oder nicht, unterschätzt diese Jahresdurchschnittsrate die tatsächliche Lohnentwertung beträchtlich. Sie vergleicht das durchschnittliche Preisniveau 1980 mit dem von 1979. Sie fällt deshalb niedriger aus, als ein Vergleich Juni zu Juni oder September zu September, weil sich die Inflation erst in der zweiten Jahreshälfte 1979 beschleunigt hat. Für die Arbeiterklasse kann aber nicht die Jahresdurchschnittsrate maßgeblich sein, sondern die tatsächliche Entwertung seit dem Inkrafttreten des letzten Kollektivvertrags. Die Jahresdurchschnittsrate, die allein in der Öffentlichkeit verwendet wird, bildet da höchstens einen Anhaltspunkt.

Soll der Abschluß der Metallarbeiter – und ebenso der der Industrieangestellten und der für den Öffentlichen Dienst – wenigstens den bereits erreichten Reallohnstandard sichern, muß er netto wenigstens die Inflation kompensieren. Die Forderung von 9%, mindestens aber 900,- Schilling, die der Kommunistische Bund Österreichs seit Juni propagiert, wäre dazu gerade noch geeignet. Zu hoch gegriffen ist sie absolut nicht. Mehr als 7,3% netto würden bei einem 9%-Bruttoabschluß von keinem Lohn bleiben.

Die Tatsachen zeigen: Die Preise laufen den Löhnen davon, und es wäre bereits harter Kampf der Gewerkschaften gegen die Kapitalisten notwendig, um wenigstens den Reallohn zu sichern. Was ohne solchen Kampf droht, zeigen die bisherigen Abschlüsse, die nicht einmal brutto an die Inflationsrate herangekommen sind.

Trotz allem und entgegen den Tatsachen werden die Kapitalisten bei den Lohnverhandlungen wieder die Theorie der "Lohn-Preis-Spirale" auspacken. Tatsächlich kommt die Inflation nicht von den Lohnsteigerungen, sondern von der die kapitalistische Akkumulation begleitenden, aber stets über sie hinausgehenden Akkumulation von Geldkapital. Wir haben das im KLASSENKAMPF 18/80 dargestellt. Wäre die Theorie der "Lohn-Preis-Spirale" richtig, wie könnte es dann ausgerechnet jetzt zu Inflationbeschleunigung kommen? Seite 9

VOR 12 JAHREN: 21.AUGUST 1968



Zum zwölften Mal jährt sich am 21.August der Einmarsch von Truppen der Sowjetunion und des Warschauer Pakts in der CSSR. Es war dies das weithin sichtbare Zeichen, daß sich die Sowjetunion von einem sozialistischen Staat in eine sozialimperialistische Macht verwandelt hatte. Die Ursachen dafür liegen in der revisionistischen Entartung. Revisionismus führt zum Sozialimperialismus.

Seitdem ist die Kette der sozialimperialistischen Aggressionen gegen die Völker der Welt nicht abgerissen. In ihrem Streben nach der Weltherrschaft haben die Kremlzaren sich in zahlreiche Kriege verstrickt, haben kubanische und vietnamesische Söldnertruppen eingesetzt, haben ihr Waffenpotential in der Hauptsache auf einen Blitzkrieg gegen Westeuropa ausgerichtet.

Aber der heldenhafte Volkskrieg in Eritrea, Kampuchea und Afghanistan, der zunehmende Widerstand der Dritten Welt gegen den Sozialimperialismus überhaupt hat dazu geführt, daß diese Supermacht ihre Kräfte zersplittern muß. Sie ist weit davon entfernt, ihr Ziel, die Weltherrschaft, schnell zu erreichen. Aber deshalb ist sie um nichts weniger gefährlich geworden.

Die Entwicklung des Sozialimperialismus und seine gegenwärtige Lage behandelt unser Beitrag auf Seite 3

Verbesserungen für Schwerarbeiter durchsetzen !

Bei den KV-Verhandlungen der Metallarbeiter im September wird es auch darum gehen, Verbesserungen für Schwerarbeiter (vorallem Akkord-, Nacht- und Schichtarbeiter) durchzusetzen. In den letzten Jahren ist die Intensität der Arbeit ständig gestiegen. Das hat zusammen mit den sinkenden Reallöhnen zur Untergrabung der Reproduktion der Arbeitskraft geführt. Schwerarbeiter sind davon besonders krass betroffen. Desswegen hat der Druck in den Betrieben für diese Arbeiter Verbesserungen zu erreichen stark zugenommen und deshalb haben die Forderungen nach Verbesserungen für die Schwerarbeiter auch in der Gewerkschaft mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Bei den KV-Verhandlungen geht es in diesem Zusammenhang um die Forderungen: Eine Woche Zusatzurlaub für Schwerarbeiter! Zwei Wochen Zusatzurlaub für Schwerstarbeiter! Erhöhung der Nachtschichtzulage auf 50% vom Lohn! Erhöhung der Spätschichtzulage auf 30% vom Lohn! Sind diese Forderungen durchgesetzt, muß die Gewerkschaft weitergehen in Richtung : Verkürzung der Arbeitszeit für Akkord- und Schichtarbeiter auf 35 Stunden pro Woche! Urlaubsverlängerung und Arbeitszeitverkürzung für alle Arbeiter! Seite 9

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: [illegible] Alle: 1050 Wien, Kleine Neugasse 11 / 18 [illegible]

Spendensammlung für Kampuchea erfolgreich abgeschlossen

Ende Juli haben wir unsere Spendensammlung für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea mit einem vorläufigen Ergebnis von fast 270.000,- Schilling abgeschlossen. Dieses Ergebnis ist ein großer Erfolg des Proletarischen Internationalismus, ein grosser Erfolg im Kampf gegen die brutale Kriegstreiberpolitik des sowjetischen Sozialimperialismus und ein Erfolg im Kampf um den Aufbau einer revolutionären Partei in Österreich.

Es ist uns in den Monaten April bis Juli gelungen, das ursprünglich gesteckte Ziel von 200.000,- Schilling um fast ein Drittel zu übertreffen. Dieser Erfolg war nur möglich, weil wir die ganze Kraft unserer Organisation in die Spendenkampagne legten, weil wir uns bei unserer Kampagne wirklich auf die Massen, in erster Linie auf die Arbeiter der Betriebe, wo unsere Zellen arbeiten, stützten, und weil wir mit dem Mittel der politischen Überzeugung arbeiteten.

Als unsere Organisation Ende März damit begann, Spenden für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea zu sammeln, war sie in einer schwierigen Lage. Es war knapp nach der Spaltung des KB. Zwar hatten wir durch die Trennung vom Revisionismus und Liquidatorentum unsere Kräfte befreit, doch benötigten wir sie zu dieser Zeit dringend, um unsere Organisation wieder aufzubauen. Zu diesem Zeitpunkt trotzdem mit der Kampagne zu beginnen, war ein völlig richtiger Entschluß. Abgesehen davon, daß das kämpfende Kampuchea Unterstützung braucht, ganz unabhängig davon, was sonst irgendwo auf der Welt ist, hat die erfolgreiche Kampagne gezeigt, daß auch der Aufbau der Organisation nicht neben dem Kampf und schon gar nicht an dessen Stelle vor sich gehen kann. Daß wir in unserer Politik erfolgreich waren, hat den Aufbau unserer Organisation beflügelt, daß wir dabei Fortschritte erreichen konnten, hat zum Gelingen der Spendensammlung geführt.

Von Anfang an war klar, daß eine Spendensammlung sich vor allem auf die Massen stützen muß. Uns ging es ja nicht darum, einfach irgendwie irgendwo Geld für Kampuchea aufzubringen, sondern uns ging es darum, der Kriegstreiberei des sowjetischen Sozialimperialismus, von dem die Hetzkampagne gegen das Demokratische Kampuchea ein Teil ist, entgegenzutreten. Es ging uns darum, in Österreich möglichst viele Menschen dafür zu gewinnen, sich auf die Seite des Demokratischen Kampuchea in seinem Kampf gegen die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren zu stellen. In unserer Kampagne ging es uns darum, mit der Unterstützung der kampucheanischen Revolution einen Beitrag für die österreichische Revolution zu leisten; einen wenn auch nur kleinen, so doch um nichts weniger wichtigen. Wir haben deshalb unsere Aktivitäten auch dort gesetzt, wo wir die Kräfte konzentrieren: Bei den Betrieben. Der Erfolg hat uns Recht gegeben. In bisher keiner antiimperialistischen Solidaritätskampagne konnten wir bei den Betrieben so gute Ergebnisse erzielen, wie diesmal.

Die letzte wichtige Voraussetzung war schließlich, daß wir mit dem Mittel der politischen Überzeugung gearbeitet haben. Spendensammlungen für notleidende Menschen in aller Welt gibt es in Österreich immer wieder. Gerade läuft eine solche Kampagne der Regierung. Diese Aktivitäten zeichnen sich dadurch aus, daß sie durch und durch verlogen sind. Die Sammlung der Regierung beispielsweise, wird für Kinder durchgeführt, die darunter zu leiden haben, daß die Sowjetunion und die von ihr kommandierten Söldnertruppen ihr Land an sich reißen wollen. Das Elend der Kinder, die sich gegenwärtig in den Flüchtlingslagern Somalias und des Sudans befinden, rührt daher, daß die Sowjetunion mit kubanischen und äthiopischen Söldnern seit Jahren (erfolglos) versucht, die Befreiungsbewegungen in Eritrea, im Ogaden und in Tigre niederzuschlagen, um sich die Kontrolle des Roten Meeres und damit auch des Suez-Kanals zu sichern. Hat man von seiten der Regierung, oder von seiten einer anderen an dieser Spendensammlung beteiligten Kräfte, wie etwa der Caritas jemals auch nur ein Wort davon gehört? Hat die Regierung jemals etwas gegen die sowjetischen Aggressionen am Horn von Afrika unternommen? Hat sie jemals auch nur mit einem einzigen Schilling die Befreiungsbewegungen unterstützt, die nicht bloß dafür kämpfen, daß ihre Kinder zu essen haben, sondern die um das Recht kämpfen, in Frieden zu leben und das eigene Schicksal selbst zu bestimmen? Im Gegenteil, nicht nur daß von alldem noch nie etwas geschehen ist, hat sich die Regierung in den letzten Monaten sogar zu einem direkten Verteidiger der sowjetischen Aggressionspolitik herausgemausert. Während sie so auf der politischen Ebene die Verbrecher unterstützt, sammelt sie auf der "menschlichen" Ebene Geld für deren Opfer. Und dies wohl in erster Linie um mit letzterem ersteres zu verschleiern. Die Regierung kann nicht das Mittel der politischen Überzeugung anwenden und deshalb kann es ihr auch nicht gelingen, Menschen für die Ziele der Sammlung zu mobilisieren. Direkt gegenübergestellt mit uns, hat die Regierung natürlich viel mehr Geld aufgebracht, als wir. Vergleicht man jedoch auch die für den Einsatz verfügbaren Kräfte, so zeigt sich, daß unsere Sammlung die der Regierung bei weitem übertroffen hat.

Wir haben bei unserer Sammlung die Menschen nicht um eine milde Gabe angebettelt, sondern wir haben gezeigt, was die Ursachen für die schwierige Lage in Kampuchea sind, wir haben gezeigt, daß unsere Sammlung gerade die Kräfte unterstützt, die als einzige imstande sind und sich auch als einzige wirklich dafür einsetzen, das sogenannte Kampuchea-Problem zu lösen. Wir konnten klarstellen, daß eine Beteiligung an unserer Sammlung nicht bloß eine "humanitäre Hilfe" ist, sondern ein Beitrag im Kampf gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression und damit ein Beitrag dazu, daß das Übel in Kampuchea an der Wurzel ausgerottet wird.

Es ist uns so nicht nur gelungen, viele Menschen vom gerechten Charakter des Kampfes des Demokratischen Kampuchea zu überzeugen, sondern es ist uns so auch gelungen, das wahre Wesen des sowjetischen Sozialimperialismus und Sozialfaschismus besser zu entlarven und zu zeigen, daß man diesem größten Feind der Menschheit nicht hilflos ausgeliefert ist. Vor allem darin besteht neben dem Übertreffen des ursprünglichen Spendenziels der eigentliche Erfolg unserer Kampagne.

Dieser Erfolg darf uns jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß er – objektiv gesehen – sehr bescheiden ist. Mit 270.000,- Schilling kann, gerechnet nach den österreichischen Großhandelspreisen, beispielsweise soviel Penicillin aufgebracht werden, als nötig ist, um 21.600 Malariakranke einen Tag lang zu behandeln. Oder 10.800 Menschen zwei Tage lang, 5.400 Menschen vier Tage lang usw. Eine erfolgreiche Malariabehandlung dauert einige Wochen und sie setzt neben dem Vorhandensein der nötigen Medikamente auch ausreichende Nahrung, ausreichende sanitäre Verhältnisse, Unterbringungsmöglichkeiten etc. voraus. Gemessen an den Aufgaben die das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea zu erfüllen hat, ist also unsere Hilfe wirklich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Auch was unsere politischen Aufgaben in Österreich betrifft, war diese Kampagne nur ein kleiner Erfolg. Das Wesen des sowjetischen Sozialimperialismus muß im ganzen Land nachhaltig entlarvt werden und die Menschen müssen dafür gewonnen werden, praktische Schritte gegen den Kriegstreiber Nr. 1 zu setzen.

Schließlich hat zwar das Demokratische Kampuchea im Kampf gegen die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren bereits große Erfolge errungen, doch bedarf es noch langandauernden zähen und entschlossenen Kampfes bis zur endgültigen Befreiung des Landes und zur Rettung der kampucheanischen Nation.

Wenn unsere Spendensammlung auch nur einen bescheidenen Beitrag liefern konnte, so haben wir uns mit ihr doch gewiß auf den richtigen Weg begeben, den wir weiterhin verfolgen werden. (n)

KAMPUCHEA-SPENDENSAMMLUNG

(Vorläufiger Endstand)

Wien	164.663,24
Graz	55.289,20
Knittelfeld	3.775,--
Klagenfurt/Celovec	8.234,40
Salzburg	33.912,30
Marxistischer Studentenbund (MSB)	8.000,--
Gesamt	273.874,14

Den Erfolg unserer Spendensammlung wollen wir durch die folgenden Zahlen kurz veranschaulichen:

Im Zeitraum zwischen März und Ende Juli ist unsere Organisation 95 mal in der Öffentlichkeit aufgetreten. Davon 27 mal vor Betrieben, 38 mal an verschiedenen Plätzen in der Stadt, 10 mal an der Hochschule, 13 mal bei eigenen Veranstaltungen, sowie 7 mal bei Veranstaltungen anderer politischer Organisationen.

Im gleichen Zeitraum wurden fünf Flugblätter mit einer Gesamtauflage von über 20.000 verteilt, wurden vier Plakate mit einer Gesamtauflage von über 5.000 affichiert und wurden von einer Klassenkampf-Sondernummer zur Unterstützung Kampucheas 1.000 Stück verkauft. Darüber hinaus wurde in unseren Betriebszeitungen regelmäßig für den Kampf des Demokratischen Kampuchea und für die Unterstützung unserer Spendensammlung Propaganda gemacht.

Noch niemals ist es bisher in Österreich gelungen, eine so große Anzahl von Menschen über den Kampf des Demokratischen Kampuchea zu informieren und für ihn zu gewinnen.

Streiks in Azania gehen weiter



Nach dem großen VW-Streik Anfang Juli (siehe KLASSENKAMPF 18/80) reissen die Streiks weiterhin nicht ab. Ende Juli streikten 11.000 Arbeiter der Stadtverwaltung von Johannisburg. Die meisten der streikenden Arbeiter sind Mitglied der illegalen schwarzen Gewerkschaft Black Municipal Workers Union (Gewerkschaft der schwarzen Gemeindearbeiter). Forderung war einheitlich: Erhöhung des Wochenlohns auf 58 Rand (= etwa 1.000,-). Weiters ging es um die Anerkennung der BMWU. Das Kolonialregime versuchte, den Streik mit Entlassungswellen, Polizeiüberfällen, Verhaftung des BMWU-Vorsitzenden, Joseph Mavi, selbst Busfahrer, zu brechen. Besonders die Entlassung ist für den azanischen Arbeiter viel schlimmer als etwa den österreichischen. Er wird zwangsweise in die, "Homelands" genannten Reservate für Schwarze gebracht, wo er keinen Lebensunterhalt finden kann. 60% der Johannesburger städtischen Arbeiter sind "Wanderarbeiter" aus den "Homelands". Als am 1. 8. die Polizei 1.200 Arbeiter verhaftete, darunter die Organisatoren des Streiks, brach der Streik zusammen, ohne daß die Forderungen durchgesetzt werden konnten. Die 1.200 Arbeiter wurden zuerst zu jeweils bis zu 60 Personen in kaum mehr als 5 m² großen Betonzellen festgehalten, ohne Schlafgelegenheit, und anschließend mit Stöcken und Gewehrkolben in Busse zum Abtransport in die "Homelands" getrieben.

Generalstreik in der Türkei

Terroranschläge der faschistischen Reaktion, unterstützt durch die Regierung Demirel, wobei die Sozialimperialisten ebenfalls die Hände im Spiel haben, stehen in der Türkei auf der Tagesordnung. Opfer sind Arbeiter, Gewerkschafter, Bauern, Revolutionäre. In den letzten Tagen sind dem faschistischen Terror pro Tag mehr als 20 Menschen zum Opfer gefallen. Auf die Ermordung des Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft, Kemal Türkler am 22. Juli, haben am 23. Juli hunderttausende Arbeiter im ganzen Land mit Generalstreik geantwortet. Ihre Forderungen richten sich gegen die von der Regierung geplante Ausdehnung des Kriegsrechts, das gegenwärtig "nur" in 26 Provinzen mit etwa 50 Prozent der Bevölkerung, vor allem in den Arbeiterzentren, verhängt ist, auf das ganze Land, sowie die in Vorbereitung befindlichen verschärften Unterdrückungsgesetze gegen Streik-, Koalitions- und andere demokratische Rechte. Das Begräbnis von Türkler wurde zu einer Massenkundgebung mit 200.000 Teilnehmern, umstellt von Militäreinheiten und eingekeilt zwischen von der Polizei errichteten Barrikaden. Zugleich heulten um 13.30 Uhr im ganzen Land die Fabrikssirenen; die Arbeiter legten für drei Minuten die Arbeit nieder.

12 JAHRE DER AGGRESSION

Zwei Tage nach der Besetzung der Tschechoslowakei durch Truppen des Warschauer Pakts, am 23.August 1968, hatte Genosse Zhou Enlai in einer Rede betont: " Die bewaffnete Aggression der Sowjetrevisionisten ist für das tschechoslowakische Volk eine Katastrophe, aber sie hat es auch belehrt und ihm ermöglicht, mehr und mehr zu der Erkenntnis zu kommen, daß der Revisionismus die Ursache dieser Katastrophe ist. Dieses Ereignis ist für das Sowjetvolk, für alle Völker in Osteuropa und in der übrigen Welt ebenfalls eine aufschlußreiche Lehre. (...) Die sowjetrevisionistische Führungsclique ist schon längst zum Sozialimperialismus und Sozialfaschismus degeneriert." Heute sind die Lehren von 1968 aktueller denn je. Der sowjetische Sozialimperialismus hat in den zwölf Jahren seither zahlreiche und immer wildere Aggressionen gegen die Völker der Welt verübt, aber er ist auch in immer mehr Ländern, die er im Blitzkrieg zu besiegen trachtete, mit Volkskriegen konfrontiert, die ihm empfindliche Schläge versetzen und die er nicht niederwerfen kann. Dennoch verfolgt er weiter seine Pläne, die Weltherrschaft zu erringen und zu diesem Zweck einen neuen Weltkrieg umfassend vorzubereiten. Klarheit über die Ursachen des sowjetischen Hegemonismus und über seine gegenwärtige strategische Lage sind daher notwendiger denn je, um wirkungsvoll gegen ihn kämpfen zu können. Die Wurzeln dieser sozialimperialistischen Entwicklung der Sowjetunion liegen weit vor 1968.

1961: DER 22.PARTEITAG DER KPDSU BESCHLIESST EIN REVISIONISTISCHES PROGRAMM

Im Jahr 1953 war Genosse Stalin gestorben, drei Jahre später, auf dem 20.Parteitag der KPdSU, hatte die Chruschtschow-Gruppe die Macht an sich gerissen und einen revisionistischen Weg angekündigt. Beispiellose Verfolgungen revolutionärer Parteimitglieder, Hinaussäuberung aller, die sich dem Revisionismus entgegenstellten, und ihre Verurteilung als "Stalinisten waren Chruschtschows erste Maßnahmen. Auf dem 22.Parteitag wurde diese Säuberung im großen und ganzen abgeschlossen und ein neues Parteiprogramm angenommen. Die Umwandlung der sozialistischen Wirtschaft in eine staatsmonopolistische kapitalistische Wirtschaft wurde theoretisch untermauert, der proletarische Klassencharakter der Kommunistischen Partei aufgegeben und die "Partei des ganzen Volkes" proklamiert. Das Prinzip des proletarischen Internationalismus, die Unterstützung der Arbeiterklasse und der kämpfenden Völker wurde zugunsten der Generallinie von der "friedlichen Koexistenz" aufgegeben. Begleitmusik dazu waren die sowjetischen Reden von der Friedfertigkeit des amerikanischen Imperialismus.

Ein Jahr danach probten die Sowjetführer erstmals massiv ihre Kraft gegenüber den USA, aber auch gegenüber dem sozialistischen China. Mitte 1962 wurden auf Kuba sowjetische Raketen stationiert. Aber als der amerikanische Präsident eine Blockade über Kuba verhängte und der UdSSR drohte, zog Chruschtschow den Schwanz ein und die Raketen ab. Im Oktober des gleichen Jahres begann das Nehru-Regime in Indien, aufgestachelt und mit Waffen versorgt von der Sowjetunion, einen Grenzkrieg gegen die Volksrepublik China. Auch dieser sowjetische Vorstoß endete mit einem Fiasko: die indischen Soldaten liefen scharenweise über, die indische Regierung mußte ihre Absichten aufgeben.

AUFHOLJAGD DER SOZIALIMPERIALISTEN, ZUSAMMENARBEIT MIT DEN USA

In der Folge begann die Sowjetunion ihre Wirtschaft und Rüstung energisch umzustellen. Am 6.7.1967 konnte Breschnew, der Chruschtschow abgelöst hatte, bereits erklären: "Die Frage der Landesverteidigung steht bei unserer Arbeit an erster Stelle". Die Militarisierung der Volkswirtschaft wurde vorangetrieben, sodaß heute fast zwei Drittel aller Betriebe für die Kriegsproduktion arbeiten und die Militärausgaben etwa ein Drittel des Budgets ausmachen.

Hatte Chruschtschow erklärt, es könne nur mehr nukleare Kriege geben, doch würde es aufgrund der Besonnenheit der Führer der USA und der UdSSR nie zu so einem Nuklearkrieg kommen, so wurde nun betont, es könne sowohl konventionelle als auch nukleare Kriege geben. Das konventionelle Waffenpotential der Sowjetunion wurde enorm aufgestockt, besonders die Panzerstreitkräfte zu modernsten Offensivkräften ausgebaut. Die Sowjetflotte, ehemals relativ klein und auf die Küstenverteidigung ausgerichtet, wurde völlig umgekrempelt. Grundlagen dafür wurden in den Sechzigerjahren gelegt. Ebenso für die Aufrüstung auf dem Raketensektor, besonders der Interkontinentalraketen, die dann in den Siebzigerjahren rasant voranging.

In der Außenpolitik begann die Sowjetunion in den Sechzigerjahren, die osteuropäischen Staaten stärker in den wirtschaftlichen Würgegriff zu bekommen. Sie brachte die verschiedenen Reformmodelle unter ihre Kontrolle und unterwarf die Volkswirtschaften ihrer "internationalen Arbeitsteilung", die nichts als koloniale Abhängigkeit bedeutet. Zugleich wurde dieses System der "internationalen Arbeitsteilung" auch Ländern der Dritten Welt aufgeschwatzt oder aufgezwungen: Kuba wurde zum sowjetischen Zuckerproduzenten, Afghanistan, Indien, Ägypten gerieten immer stärker unter sowjetischen Einfluß. Zugleich versuchten die Sozialimperialisten, in Zusammenarbeit mit den USA Befreiungsbewegungen niederzuschlagen, um "Krisenherde zu beseitigen". Die Revolution im Kongo 1960-62 wurde im Blut erstickt, das vietnamesische Volk im Stich gelassen, dem palästinensischen in den Rücken gefallen.

Der sowjetische Überfall auf die CSSR bedeutete den Abschluß dieser Etappe der sozialimperialistischen Entwicklung.

ABSTIEG DES US-IMPERIALISMUS, AUFSTIEG DES SOZIALIMPERIALISMUS

Anfang der Siebzigerjahre wurde deutlich, daß die USA, nach dem Weltkrieg die führende imperialistische Macht, Stück um Stück ihre Weltherrschaft einbüßten. Unter den Schlägen der früheren Kolonialvölker brach das faschistische Regime in Portugal zusammen, ebenso stürzten die Junten von Griechenland und Spanien. Der amerikanische Einfluß in Afrika wurde eingeschränkt. Mit dem Überfall auf Kampuchea konnten die USA nicht nur nicht eine Wende im Vietnamkrieg erreichen, sondern beschleunigten nur ihren Weg in die Niederlage. Ihnen glückte nur eine wichtige Sache: der Putsch in Chile 1973.

Dagegen gelang es der Sowjetunion, zahlreiche Positionen zu gewinnen. Ägypten wurde während des Krieges 1973 erpreßt und in große Schulden gestürzt. Auch in Lybien und Syrien wurde der sowjetische Einfluß immer stärker. Die Sowjetunion faßte in einigen südamerikanischen Staaten wirtschaftlich und auch politisch Fuß. Die vietnamesische Führung geriet in Abhängigkeit von den Sowjets und wurde zu deren Marionette in Südostasien. In Somalia und im Südjemen entstanden sowjetische Militärbasen.

Als die US-Truppen aus Indochina abzogen und damit der Abstieg dieser Supermacht unübersehbar war, waren die Neuen Zaren bereits in die Fußstapfen ihrer Vorgänger getreten und waren schon einige Schritte in Richtung Weltherrschaft gegangen.

1975: DIE SOWJETISCHEN AGGRESSIONEN BEGINNEN, DIE ERSTEN RÜCKSCHLÄGE FOLGEN

Im Rahmen der "internationalen Arbeitsteilung" hat die Sowjetunion Kuba und in der Folge Vietnam eine besondere Rolle zugedacht: Lieferanten von Söldnertruppen! 1975/76 wird dies in Angola zum ersten Mal geprobt. Die Sozialimperialisten zetteln in dem gerade von Portugal unabhängigen Land einen Bürgerkrieg an, hetzen eine Befreiungsbewegung gegen zwei andere auf, schicken kubanische Truppen und sowjetische Offiziere, um Angola zur Kolonie und zum strategischen Stützpunkt im südlichen Afrika zu machen.

1977/78 gelang den neuen Zaren ein Putsch in Äthiopien, das gerade dabei war, sich von den feudalen und imperialistischen Fesseln zu befreien. Wieder sind es Kubaner, die dem Volksaufstand ein Ende machen, eine Junta in den Sattel heben und den Krieg gegen Eritrea und Westsomalia fortsetzen. Sowjetische und ostdeutsche Elitetruppen sind die Anführer.

Ende 1977 wird Vietnam, in der Zwischenzeit völlig in sowjetischer Abhängigkeit, zu einem Überfall auf das unabhängige und sozialistische Kampuchea angestachelt. Die Aggression wird vom Demokratischen Kampuchea zurückgeschlagen. Ein Jahr später marschieren unter sowjetischem Kommando mehr als 200.000 Vietnamesen in Kampuchea ein. Auch dieser Blitzkrieg scheitert, die Aggressoren versinken heute mehr und mehr im Partisanenkrieg des kampucheanischen Volkes.

Im Dezember 1979 beginnt die offene Aggression der Sowjetunion gegen Afghanistan.

Im selben Zeitraum fliegen die Sowjets aber auch aus einigen Ländern hinaus. Ägypten hat genug von den sowjetischen Erpressungen und weist deren "Berater" aus. Somalia folgt diesem Beispiel, nachdem kubanisch-sowjetische Truppen Angriffe auf Somalia gestartet hatten. Die sowjetischen Versuche, von Angola aus mit Kubanern in Zaire einzufallen und Katanga abzuspalten, scheiterten. Der Irak wendet sich von der Sowjetunion ab. Die gemeinsamen Aktionen und Beschlüsse der Dritten Welt richten sich eindeutig auch gegen die Hegemoniebestrebungen Moskaus. Insgesamt hat sich der Sozialimperialismus in der Welt zunehmend entlarvt. Außerhalb seines unmittelbaren Einflußbereichs kann er sich hauptsächlich nur auf die anhaltende Beschwichtigungspolitik der westlichen Imperialisten stützen, die seine Entspannungsmanöver auf verschiedenen Konferenzen meist willfährig unterstützen und damit dem sowjetischen Vormarsch in Europa Vorschub leisten. Nach wie vor gewähren diese Staaten der Sowjetunion umfangreiche Kredite zum Ausbau der Rüstungsindustrie.

1980: ZERMÜRBUNG UND ZERSPLITTERUNG DER SOZIALIMPERIALISTISCHEN KRÄFTE KÜNDIGEN SICH AN

Das heurige Jahr könnte zu einem gewissen Wendepunkt werden. Zum ersten Mal ist es (beim Überfall auf Afghanistan) den Sozialimperialisten unter anderem nicht gelungen, genügend Söldnertruppen für ihre Aggression aufzutreiben. Sie mußten mehr als 100.000 Mann eigene Truppen schicken. Und auch mit diesen Truppen ist es ihnen - ebensowenig wie in Eritrea oder Kampuchea gelungen, das Volk niederzuwerfen. Es scheint, daß sich die sowjetische Strategie überall festgefahren hat. In Asien ist die Wachsamkeit der ASEAN-Staaten gestiegen, Thailand verstärkt seine Verteidigung, der warnende militärische Schlag Chinas gegen Vietnam vom vergangenen Jahr hat sich in dieser Region sehr positiv ausgewirkt. In Europa herrscht in militärischer Hinsicht ein Patt. Durch den anhaltenden Volkswiderstand vor allem in der CSSR und in Polen sind die sowjetischen Möglichkeiten hier sehr eingeschränkt. Ein Teil der 3,2 Millionen im europäischen Teil der Sowjetunion und im übrigen Osteuropa stationierten sowjetischen Truppen dient ausschließlich der Niederhaltung der Volksmassen, während etwa an den Einsatz polnischer oder tschechischer Hilfstruppen beispielsweise in Afghanistan gar nicht zu denken ist. Die Unabhängigkeitspolitik und entwickelte Landesverteidigung Rumäniens und Jugoslawiens sind ebenfalls große Hindernisse für die Sowjetunion.

Und nun ist auch ihr Plan, durch einen Blitzkrieg gegen Afghanistan schnell zum indischen Ozean vorzustoßen und das Ölgebiet von zwei Seiten einzukreisen, am Scheitern. Der Iran widersetzt sich dem sowjetischen Druck.

In erster Linie ist es aber der Volkskrieg in Kampuchea, in Eritrea und nun in Afghanistan, der die Sowjetunion immer mehr an Menschen, Material und politischer Substanz kostet. Erstmals ist im Westen - gerade infolge dieser Volkskriege - die Beschwichtigungspolitik schärferkins Schußfeld gekommen. Afghanistan rief erstmals wenn auch halbherzig Maßnahmen gegen die Sowjetunion hervor. Die Sowjetunion hat ihre Hauptkräfte weiterhin auf Europa konzentriert, das den strategischen Schwerpunkt des Ringens um die Weltherrschaft bildet, aber sie hat auch beginnen müssen, ihre Verbände in Asien neu zu gliedern und zu verstärken. An je mehr Punkten des Erdballs sie Aggressionen vom Zaun bricht, desto mehr muß sie auch ihre Kräfte zersplittern. Die Ausdehnung ihrer Kampffront schwächt sie, während sie gleichzeitig die antisozialimperialistische Kampffront der Völker verstärkt. Dadurch ist die Sowjetunion heute weit davon entfernt, rasch ans Ziel ihrer Weltherrschaftsträume zu gelangen. Das heißt aber nicht, daß sie wenn sie ihre „Expansionsinteressen nicht anders erreichen zu können glaubt, nicht zu neuen nackten Aggressionen gegen die Völker ansetzen wird. Die Strategie vom Blitzkrieg, getarnt als Präventivschlag, prägt weiterhin die Sozialimperialistische Linie.

(gm)

Einmarsch in CSSR: gegen Massenbewegung



1948: Tschechische Arbeiter marschieren bewaffnet in Prag ein. Vor solchen Aktionen der Arbeiterklasse fürchteten sich auch die Sozialimperialisten im Jahre 1968. Deshalb schickten sie die Panzer nach Prag

Seit Anfang der Sechzigerjahre waren Wirtschaft und politisches Regime in der CSSR in der Krise. Die Krise konnte nicht gelöst werden, weil die neokoloniale Abhängigkeit von der Sowjetunion nicht aus der Welt geschafft werden konnte, und ebensowenig der Widerstand der Arbeiter gegen eine "Umwälzung" der Wirtschaft, die nicht nur "Liberalisierung" der Wirtschaftsplanung- und -lenkung brachte, sondern vor allem Versuche, alle noch bestehenden Errungenschaften aus der Zeit des Ausbaus der Volksdemokratie zu beseitigen. Novotny stürzte und die Entwicklung schwemmte Dubcek an die Macht; einerseits Ausdruck derjenigen Bestrebungen in der neuen tschechoslowakischen Bourgeoisie, die selbst mehr Spielraum gegenüber der Sowjetunion wollten; andererseits von der Massenbewegung getrieben und vorwärtsgestoßen; schließlich auch Versuch, die Kontrolle über die erwachten und kämpfenden Massen zu behalten. Wirklicher Kampf gegen die Abhängigkeit von Moskau, der wirkungsvoll nur von den Volksmassen selbst geführt werden konnte, lag dem Dubcek-Regime von seinen eigenen Klasseninteressen her jedoch fern. Nahe lag ihm vielmehr ein Kuhhandel, für den die Volksmassen als Manövriermasse dienen sollten. Schließlich hat diese Regime im August 1968 auch vollständig vor der SU kapituliert und das Volk verraten und verkauft. Seinen deutlichsten Ausdruck fand das vielleicht im Befehl des Staatspräsidenten Svoboda an die Armee, keinen Widerstand zu leisten. Es besteht kein Zweifel, daß die Sowjetunion leicht mit diesem Regime fertiggeworden wäre, ohne Einmarsch, hätte sie es allein gegen sich gehabt.

Die Massenbewegung der tschechoslowakischen Arbeiter und Bauern ist aber weit darüber hinausgegangen. Arbeiterräte wurden in den Fabriken gebildet. Bewußt wurde an 1948, an den ausgehöhlten und beseitigten sozialen und politischen Errungenschaften der Volksdemokratie angeknüpft. Der Kampf um die Gewerkschaft ROH war ein Eckpfeiler des Kampfes der Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaft mußte, nach jahrelanger Pervertierung zu einem Unterdrückungsinstrument des Staates, wieder Arbeiterinteressen geltend machen. Sie konnte auch erst Mitte 1969 vollständig gleichgeschaltet werden.

Die Massenbewegung von 1968 hatte keine revolutionäre Führung und konnte sich nicht von der ideologischen und politischen Bindung an die Partei- und Staatsführung lösen. Aber sie nahm einen stürmischen Aufschwung, hatte sich Demokratie erkämpft und machte wieder die Forderung nach Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter geltend. Und solange die Massen kämpften, konnte auch das Dubcek-Regime nicht offen kapitulieren. Ohne militärischen Überfall und ohne gewaltsame Unterdrückung und Zerschlagung der Massen- und vor allem der Arbeiterbewegung, hätte die Sowjetunion den "Gefahrenherd" CSSR nicht beseitigen können. (wl)

Eine wirklich seltsame Bombe...

Weil sie angeblich die iranische Botschaft in die Luft sprengen wollten, wurden zwei irakische Botschaftangehörige aus Österreich ausgewiesen und der Irak hat im Gegenzug einen österreichischen Diplomaten aus dem Irak ausgewiesen. Die iranische Botschaft hat sich zu der Sache gar nicht geäußtert; offenbar hat sie sich nicht betroffen gefühlt.

Erstens fällt auf: Der Mann, der die Bombe an einer Stelle deponiert hat, wo - was für ein glücklicher Zufall - nichts passieren konnte und wo - was für ein glücklicher Zufall! - gerade rechtzeitig ein "Postbeamter" zur Stelle war, der - was für ein glücklicher Zufall! - eine Rangerausbildung genossen hatte und daher den Bombentransporteur überwältigen konnte, - dieser Mann ist ein bekannter Polizeispitzel, wie uns türkische und kurdische Freunde versichert haben. Auch im ORF ist jemandem seine "langjährige Zusammenarbeit mit der Exekutive" herausgerutscht. Der "Postbeamte" hat also im Rangergriff der Polizei einen ihrer Leute übergeben. Zweitens: Es gibt keinerlei Beweise gegen die irakischen Diplomaten. Es soll ein Foto geben, bloß hat es noch niemand gesehen. Auf dem Foto soll einer der irakischen Diplomaten jemandem eine Tasche übergeben. Das einzig "Verdächtige" daran ist: Wieso werden die irakischen Diplomaten bespitzelt und fotografiert? Drittens: Der Herr Reitbauer, "Generalsekretär" im Außenministerium, hatte in Blitzesschnelle die Ausweisungen verfügt, obwohl - so ein Zufall! - Pahr und Kreisky gerade nicht in Wien waren, Pahr daher persönlich am nächsten Tag die Sache wieder etwas verharmlosen konnte. Glaubt wirklich jemand, daß der Herr Reitbauer auf eigene Faust solche Schritte setzt? Oder war es eine seit längerem eingefädelte Aktion? Das Ganze ist also eine ziemlich dunkle Angelegenheit.

Die Frage ist: In welchem und wessen Interesse? Das Moskauer Sprachrohr in Österreich, die "Volksstimme", hat sich vor Begeisterung über die Regierung fast überschlagen. In einer Nummer gab es gleich drei Artikel gegen die "irakischen Bluthunde", gegen diese "Mörderbande" usw. Es wurde auch freimütig der Grund des Hasses genannt: Der Irak hat die sowjetischen Sozialimperialisten aus dem Land gesetzt, was natürlich von der "Volksstimme" mit "Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus und dem Zionismus" umschrieben wird. Am selben Tag wurden in Ostberlin irakische Diplomaten unter einem ähnlichen Vorwand verhaftet, einen tag später in Westberlin. Seltsamerweise ist letzteres, als ob es eine neue Geschichte wäre, eine Woche später zum zweiten Mal in den Zeitungen aufgetaucht, Diesmal aber groß aufgemacht. Es deutet also alles darauf hin, daß hier eine internationale Hetz- und Verfolgungskampagne gegen die irakischen Diplomaten in Europa angezettelt worden ist. Selbst wenn es keinen Drahtzieher geben sollte, dann gäbe es zumindest einen Interessenten. Die österreichische Bourgeoisie will sich mit diesem Interessenten nicht anlegen. Anläßlich der Vorfälle in Westberlin hat die irakische Botschaft die westeuropäischen Behörden davor gewarnt, das es sich um eine "Falle der Zionisten" handeln könnte. Es könnte sich auch um eine Falle des KGB handeln. Die Frage ist nur, ob die österreichische Staatspolizei in eine Falle gegangen ist ober ob sie sich selbst am Auslegen beteiligt hat.

Kreisky hat vor einiger Zeit als Orientierung seiner Energiepolitik erklärt, daß die Sowjetunion als verläßlicherer Ölhandelspartner den arabischen Ländern vorzuziehen sei. Er sei lieber von Breschnew abhängig, als von den Arabern. Dementsprechend steigt die Energieabhängigkeit Österreichs von der Sowjetunion Jahr für Jahr. Pahr, jetzt darauf gefragt, ob die Affäre die Handelsbeziehungen mit dem Irak schädigen würde, erklärte, er hoffe nicht; jedenfalls wenn, dann sei der Irak schuld. Österreich wolle schon enge Zusammenarbeit, aber nicht um den Preis, das es zum Schauplatz von Terror würde usw. Auf gut deutsch: "Wir wollen schon Öl aus dem Irak beziehen. Wir wollen auch nicht unbedingt unsere Energieabhängigkeit von der Sowjetunion ins Unendliche weiter steigern. Aber zeigt denn nicht die Bombensache, daß man mit diesen radikalen Arabern nicht zusammenarbeiten kann? Und lassen sie nicht auch die "Aufgeschlossenheit" gegenüber den österreichischen Energiewünschen, die der Chef der E-Wirtschaft, Fremuth, vor ein paar Tagen an der Sowjetunion gerühmt hat, gänzlich vermissen?" Es war vielleicht kein ausdrückliches Motiv, es ist aber sicher ein Ergebnis der Affäre, daß sie zur propagandistischen Vorbereitung eines noch näheren Zusammenrückens mit der Sowjetunion auf den Energiesektor genutzt werden kann und daß ein Rechtfertigungsgrund für die reaktionäre Energiepolitik der österreichischen Regierung geschaffen wurde, die statt mit der Dritten Welt zusammenzuarbeiten, lieber mit den anderen Imperialisten gegen die Dritte Welt zusammenarbeitet. (wl)



Durch die Bombe verurachte Schäden: Die KPÖ hatte die originelle Idee, von der irakischen Regierung die Bezahlung des Bombenschadens zu verlangen. Die ÖVP schloß sich an...

Mehl teurer - Brot folgt

So wie schon im vergangenen Jahr wurden auch diesen 1.August die Preise für Mehl und Grieß erhöht. Die neuen Preise sind: Für Mehl offen öS 10,50 (bisher 9,10), für Mehl verpackt öS 10,80 (bisher 9,70), für Grieß verpackt öS 10,80 (bisher 10,20).

In Prozent beträgt die Teuerung bei:
Weizenmehl, offen..............15,4%
Weizenmehl, verpackt.........11,3%
Grieß, verpackt 5,9%

Damit ist heuer die Teuerung wesentlich höher, als im Vorjahr, wo sich die gleichen Waren um die folgenden Prozentsätze verteuert hatten:
Weizenmehl offen...............5,8%
Weizenmehl, verpackt..........6,6%
Grieß, verpackt.................6,3%

Damit ist binnen 12 Monaten verpacktes Mehl um nicht weniger teurer geworden, als um 18.6%, offenes Mehl gar um 22,1% und auch der Grieß ist im Preis immerhin um 12,6% gestiegen.

So wie bei vielen anderen Grundnahrungsmitteln liegt also auch beim Mehl die Teuerung bedeutend über der durchschnittlichen Teuerungsrate, wie sie der Verbraucherpreisindex ausweist.

Abgesehen davon, daß die Teuerung ganz allgemein einmal dazu führt, daß mit gegebenem Lohn immer weniger gekauft werden kann, bedeutet das besonders starke Steigen der Preise von Grundnahrungsmitteln, daß der Lohnanteil der für Grundnahrungsmittel aufzuwenden ist steigt, während der Anteil für alle anderen Dinge sinkt. In anderen Worten ausgedrückt: Für die Produkte, die nicht unmittelbar zur Ernährungsgrundlage dienen, ist relativ immer weniger Geld da.

Daß für die Preiserhöhung der 1.August als Termin gewählt wurde, ist sicherlich kein Zufall: So konnte die Preiserhöhung in der Urlaubszeit und während der Hundstage, sowie extra überschattet vom AKH-Skandal relativ unbemerkt über die Bühne gehen. Die meisten Menschen haben so wohl erst beim Lebensmittelhändler gemerkt, was los ist.

Einen Unterschied gibt es übrigens im Vergleich zum 1.August des Vorjahres: Damals wurde zugleich mit Mehl und Grieß auch Brot, Gebäck, Teigwaren und Backwaren teurer. Zumindest aus indexkosmetischen Gründen scheint man für diesmal darauf verzichtet zu haben. Wer weiß, was sonst in der ersten Septemberwoche, während über etliche Löhne verhandelt wird, für den August als Verbraucherpreisindex herausgekommen wäre.

Brot wurde deshalb nicht mit 1.August verteuert, sondern wird "erst" am 16.August im Preis steigen, so daß es erst auf den Septemberindex durchschlagen wird.

Die Verteuerung beim Mehl wird sich vielleicht noch nicht so krass auswirken. Immerhin geht der Prokopf-Mehlverbrauch in Österreich seit Jahren langsam zurück. Bemerkbar wird es allerdings sicherlich zusammen mit den am kommenden Samstag in Kraft tretenden Preiserhöhungen werden, denn die relativ starke Teuerung beim Mehl wird auch sicher den Brotpreis stark ansteigen lassen. (gf)

Erdgasimporte: Weiterer Ausverkauf Österreichs an die UdSSR

Vergangene Woche fanden Gespräche zwischen der Austria-Ferngas und den sowjetischen Außenhandelsstellen statt. Es ging um einen Vertrag über die Lieferung von weiteren 3 Milliarden Kubikmetern (cbm) Erdgas aus der Sowjetunion nach Österreich. Die Gespräche wurden vorerst "ergebnislos" unterbrochen, da man sich in der Preisfrage nicht einigen konnte.

Österreich ist in seiner Gasversorgung stark vom Ausland abhängig. Bereits mehr als die Hälfte des in Österreich verbrauchten Erdgases muß importiert werden - und kommt ausschließlich aus der Sowjetunion. In Zahlen: Während die (weiterhin sinkende) österreichische Gasförderung sich auf jährlich etwa 2 Milliarden cbm beläuft, beträgt der Import aus der UdSSR bereits zwischen jährlich 3 und 5 Milliarden cbm.

Die Sowjetunion beliefert nicht bloß Österreich, sondern eine ganze Reihe westeuropäischer Länder mit Gas. Dazu zählen die BRD, Frankreich, Belgien und Italien, die an die über die CSSR durch Österreich führende Trans-Austria-Gasleitung (TAG) angeschlossen sind.

Gegenwärtig gibt es zwischen diesen Ländern (inklusive Österreich) und der Sowjetunion Gespräche über die Errichtung einer weiteren Gasleitung. Sie soll jährlich 40 Milliarden Kubikmeter Gas nach Europa bringen und über 5.000 km lang sein. Von diesen 40 Milliarden will Österreich, das für 1984 mit einem Importbedarf von etwa 10 Milliarden cbm rechnet, weitere 3 Milliarden haben.

Die VOEST rechnet damit, daß sie, wie schon vor einigen Jahren, bei der Errichtung der Gasleitung sozusagen im Gegenzug ein gigantisches Röhrengeschäft landen könnte.

Der Plan der österreichischen Verantwortlichen läuft also auf nicht weniger als die Verwirklichung völliger Abhängigkeit von der UdSSR beim Erdgas hinaus.

Während so die Geschäfte mit den Neuen Zaren Zug um Zug ausgebaut werden, verzichtet Österreich völlig darauf, Verträge mit Ländern der Dritten Welt abzuschließen. Einziger bisheriger Schritt in diese Richtung: Ab 1984 soll Österreich 2 Milliarden cbm jährlich aus Algerien erhalten. Aber auch das nicht direkt, sondern - über die Sowjetunion.

Algerien wird die jährlich 2 Mrd. cbm an Italien liefern, das an einer von Algerien nach Sizilien führenden Leitung hängt. Österreich wird dafür - im Austausch - 2 Mrd. cbm von der aus der Sowjetunion kommenden, für Italien bestimmten Gasmenge abzweigen. Auch dieser Vertrag ist letztendlich kein Schutz gegen die Abhängigkeit von der Sowjetunion.

Möglichkeiten für eine andere Art der Gasversorgung wären übrigens gegeben. Seit Jahren gibt es das Projekt, algerisches Erdgas in verflüssigter Form mit Tankern nach Norditalien zu bringen und von dort über eine zu errichtende Pipeline nach Westeuropa weiterzuleiten. Dieses Projekt würde bedeuten: Direkter Bezug von einem Land der Dritten Welt, Gasleitung ausschließlich auf westlichem Boden. Tatsächlich ist jedoch dieses Projekt, an dessen Verwirklichung die algerische Regierung großes Interesse hätte, von den westeuropäischen Imperialisten bisher links liegen gelassen worden. Der Grund: Für die Errichtung aller nötigen Anlagen müßten große Kredite gegeben werden (für Österreich allein an die 15 Milliarden) und außerdem ist algerisches Gas teurer als sowjetisches.

Aus "wirtschaftlichen" Gründen werden also Schritte gesetzt, die abgesehen davon, daß sie auch wirtschaftlich keinesfalls vernünftig sind, vor allem politisch eine große Gefahr bedueten. Daß die Sowjetunion bei der Verfolgung ihrer expansionistischen Ziele vor Erpressung nicht zurückschreckt, ist hinlänglich bekannt. Wie sie ein beim Erdgas von ihr völlig abhängiges Österreich unter Druck setzen würde, kann man sich an zehn Fingern ausrechnen. Selbst das mit Algerien abgeschlossene Tauschgeschäft via Italien könnte die Sowjetunion zur Erpressung Österreichs (und Italiens) nutzen. Davon abgesehen wird die Sowjetunion ihre politisch motivierten Investitionen in einen niedrigen Gaspreis sicherlich über willkürlich erhöhte Preise sobald zurückzuholen beginnen, sobald für Österreich ein Ausweichen auf andere Lieferanten unmöglich ist. Und so weit kann es bald sein. Alles für die österreichische Gasversorgung investierte Kapital wurde in die aus der Sowjetunion kommende Versorgung gesteckt. Und Erdgas wird zwar vielleicht auch in Zukunft leicht zu kaufen sein, die Frage ist jedoch wie man es bekommt. Laufen alle nach Österreich führenden Leitungen zuvor über Ostblockgebiet, können Lieferungen aus anderen Ländern die Sowjetabhängigkeit in keiner Weise auch nur mildern.

Die österreichische Bourgeoisie und ihre politischen Vertreter reden gerne von der erstrebenswerten Unabhängigkeit auf dem Energiesektor. Sie können sich auch gar nicht genug darüber beklagen, daß eine weitere Verunmöglichung der Inbetriebnahme Zwentendorfs Österreich "abhängig" mache. Bei der Versorgung Österreichs mit Erdgas sind die österreichischen Kapitalisten bisher noch nicht unter "politischen Druck" gekommen. Jedenfalls nicht unter den Druck des Volkes. Den Verkauf von Österreichs Unabhängigkeit auf dem Erdgassektor haben sie bisher ganz ohne Zwang und ganz aus eigenem Willen betrieben.

Sie sind dabei von nichts anderem ausgegangen, als von ihren Profitinteressen. Kredite waren auch an die Russen zu geben. Doch diese wurden ja dazu verwendet, um VOEST-Rohre zu kaufen, hier lockte der Profit.

Während die österreichische Bourgeoisie in die sowjetische Falle marschiert, kann sie sich jedenfalls nicht auf "Zwang" berufen. Sie marschiert ganz freiwillig und das österreichische Volk marschiert derzeit unfreiwillig mit. Es wird sicherlich nicht mehr sehr lange dauern, bis über Österreichs Energieabhängigkeit wieder viel geredet werden wird. Spätestens dann, wenn das Pro-Zwentendorf-Volksbegehren zur Zeichnung aufliegt. Es wird gut sein, spätestens dann daran zu erinnern, wie es auf dem Erdgassektor aussieht. Und es wird spätestens dann gut sein, die Regierung aufzufordern, ihren "Unabhängigkeitswillen" dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie die Verträge mit den Russen nicht nur nicht weiter ausbaut, sondern so rasch das geht, abbaut und ersetzt durch Verträge mit den Ländern der Dritten Welt, die insofern in einer ähnlichen Lage wie Österreich sind, als auch sie Objekte der sowjetischen Beutegier sind.

Angesichts der sowjetischen Bedrohung gibt es zwischen Österreich, einem Land der Zweiten Welt und zwischen den Ländern der Dritten Welt gemeinsame Interessen. Vom Erdgasimport unabhängig kann Österreich - wie es scheint - ohnehin nicht sein. Vom Erdgasimport aus der Sowjetunion unabhängig kann Österreich werden, wenn es im Sinne dieser gemeinsamen Interessen die Beziehungen zur Dritten Welt ausbaut. (gf)

Panzergeschäft: Heuchelei auf beiden Seiten

Worum es den einen, den Befürwortern, in dem Streit um das Waffengeschäft von Steyr-Daimler-Puch mit Chile geht, ist klar: um den Profit. Der Waffenexport ist ein Bombengeschäft. 800 bis 1.000 Arbeiter (von 17.000) erzielen 7 bis 10 Milliarden Umsatz, das ist ein Drittel des Gesamtumsatzes. Das Waffengeschäft bringt ferner die Hälfte des "Reinertrages". Kein Wunder, daß der Steyr-Daimler-Puch-Konzern den Umsatzanteil der Waffenproduktion auf die Hälfte steigern will. Das Lamento über die Arbeitsplatzsicherung ist groß, damit nicht zu viel über die Profitsicherung gesprochen wird. Wenn die Demagogie mit der Gefährdung der Arbeitsplätze, die durch ein Platzen des Chile-Geschäfts einträte, überhaupt etwas zeigt, dann nur das, daß bei uns die Arbeitsplätze sicher sind, wenn sie Profit abwerfen. Das unterstreicht noch einmal, daß es für die Arbeiterklasse letztlich nicht darum gehen kann, sich dem Auf und Ab der kapitalistischen Entwicklung zu unterwerfen, sondern das kapitalistische System zu stürzen.

Sind also die Beweggründe der Anhänger des Waffengeschäfts, vor allem des Steyr-Konzerns, und aller derer, die wie der Zentralbetriebsratsobmann Heigl das Wohl und Wehe der Arbeiter sich nur als Beiwerk des Wohls und Wehes der Firma vorstellen können, klar auf der Hand liegend, so ist es mit den Beweggründen der anderen Seite komplizierter. Eine Welle der Empörung ist ausgebrochen. Angefangen hat sie in der revisionistischen "Volksstimme", aber rasch hat sie in sozialdemokratischen Kreisen Fuß gefaßt. Warum das? Ist es etwa das erste Mal, daß Österreich Waffen exportiert? Oder daß es Waffen an eine faschistische Diktatur exportiert? Nichts dergleichen? Bolivien, Argentinien und nicht zuletzt Syrien hätten schon viel früher Gelegenheit geboten, einen allfälligen "Humanismus" unter Beweis zu stellen. Aber seltsamerweise hat es nirgends eine solche Aufregung gegeben. Auch die permanente Unterstützung Südafrikas durch Österreich scheint ein Kavaliersdelikt zu sein. Die Lieferung militärisch nutzbarer Fahrzeuge nach Polen, die Unterstützung der vietnamesischen Kriegswirtschaft - das alles spielt keine Rolle. Aber angesichts der Waffenlieferung nach Chile scheint bei gewissen Leuten das Gewissen erwacht zu sein.

Chile sei ein Symbol, heißt es: Symbol für die faschistische Unterdrückung des Volkes. Chile ist auch für anderes ein Symbol: Dafür, wie die Revisionisten und Sozialdemokraten ein Volk niederhalten, mit Illusionen über "friedlichen Weg" usw. knechten und in die Niederlage führen konnten. Aber Symbol hin oder her: Tatsache ist, daß das faschistische Chile in den letzten Jahren versucht, sich vom US-Imperialismus unabhängiger zu machen. Das ist ja der Grund dafür, warum die Junta von Österreich Waffen kaufen will, und nicht von den USA - und übrigens auch nicht von der Sowjetunion, was einer der Gründe des Unmuts gewisser Leute ist. In einer Reihe internationaler Fragen hat Chile eine positive Rolle gespielt. Vor allem aber hat Chile, während es zugleich versucht, mehr Unabhängigkeit von den USA zu erringen, stets eine feste Haltung gegen die sowjetische Expansion Südamerikas eingenommen. Es hat nie die Auffassung vertreten, daß ganz Südamerika das Schicksal von Kuba und - anscheinend - Nicaragua nehmen soll. Deshalb und nur deshalb, ist es so, daß die SU ihre Hetze auf Chile konzentriert. Die argentinische Junta - das sind auch Faschisten, aber es sind Faschisten, die die Sozialimperialisten ins Land lassen. Und siehe da: Kaum war das klar, wurde in der sowjetischen Propaganda Argentinien aus einer faschistischen zu einer "progressiven" Militärdiktatur. Waffenlieferungen Österreichs stand daher aus dieser Warte ebenfalls nichts mehr im Wege. Das ist der wirkliche Grund warum man gegen diese Waffenlieferungen keine Proteste hörte, gegen solche nach Chile hingegen schon. Die Leute, die sich heute das Maul zerfransen gegen Chile, sind objektiv einfach Parteigänger der Sowjetunion. Sie wissen es vielleicht nicht, aber objektiv sind sie es. Leute wie Cap, die an der Spitze der Kampagne stehen: Was würden sie zu Waffenlieferungen nach Kuba sagen? Würden sie das vielleicht nicht als Unterstützung der "Revolution" und des "Sozialismus" feiern? Und das, obwohl Kuba Söldner in dutzenden Ländern hat, Chile aber nicht? Warum feiern sie Nicaragua als Musterbeispiel der Befreiung der südamerikanischen Völker, obwohl das Land inzwischen bereits weitgehend unter den sowjetischen Stiefel geraten ist? Wo ist ihre "Humanität", wenn Österreich Vietnam unterstützt? Was soll man davon halten, daß derselbe Cap im Vorjahr erklärt hat, die "Sozialistische Jugend" wisse noch nicht, ob sie eigentlich gegen den sowjetischen Überfall von 1968 auf die CSSR sein sollte, das sei ein sehr kompliziertes Problem. Kurz und gut: Es findet in Österreich eine objektiv prosowjetische Kampagne gegen Chile statt. An der Spitze stehen Kräfte, die in allen internationalen Fragen der SU in den Arsch kriechen. Daß die KPÖ ihre Stunde gekommen sieht, versteht sich von selbst. Aber dann sind es die sogenannten "Linken" in der SPÖ, die praktisch - ob sie das wollen oder nicht - als Schrittmacher des sozialimperialistischen Einflusses fungieren. Derselbe Heinz Fischer, der sich gerade gegen Chile stark macht, hat vor wenigen Monaten Kuba als Beispiel für ganz Südamerika angepriesen.

Man kann natürlich prinzipiell gegen Waffenproduktion sein. Wir sind das nicht. Erstens ist es so, daß die Arbeiterklasse Waffen braucht zum Sturz der Bourgeoisie, ebenso auch zur nationalen Verteidigung gegen den sowjetischen Sozialimperialismus. Zweitens ist es günstig, man hat die Waffenfabriken bei der Hand, als sie sind im Ausland. Das ist für jeden praktisch denkenden Menschen leicht zu verstehen. Drittens ist es besser, das Bundesheer wird aus österreichischen Waffenfabriken beliefert, denn alles andere untergräbt die Unabhängigkeit Österreichs nur noch weiter. Deshalb sind wir gegen Forderungen in der Richtung, daß die österreichische Waffenproduktion eingestellt werden soll.

Man kann auch bloß gegen Waffenexporte sein. Jedoch haben viele Länder der Dritten Welt das Interesse, Waffen lieber von kleinen und mittleren imperialistischen Ländern zu kaufen, als von den beiden Supermächten. Damit leisten sie der Unabhängigkeit ihrer Länder einen positiven Dienst. Gar nicht zu reden, daß wir von der Regierung fordern, daß sie Befreiungsbewegungen wie in Afghanistan und das Demokratische Kampuchea, ebenso das eritreanische Volk und die EPLF auch durch Waffenlieferungen unterstützt. Waffen sind eben nicht an sich was Schlechtes. In der richtigen Hand sind sie gut und dienen der Beseitigung des Schlechten, des Imperialismus. Auch diesem Standpunkt, Waffenexprote grundsätzlich zu bekämpfen, können wir uns nicht anschließen.

Keinesfalls aber kann man sich einer speziellen Kampagne gegen Chile anschließen. Die Junta hat sich nicht deshalb gegen das Volk durchgesetzt, weil sie um 100 Panzer zuviel gehabt hat. Sie hat das Volk besiegt, weil das Volk denjenigen Leuten auf den Leim gegangen ist, die sich heute in der "Chilesolidarität" sonnen. Während sie zugleich zur Tschechoslowakei, zu Eritrea, Afghanistan und Kampuchea schweigen. Denjenigen Leuten, die auch heute nur dazu gut sind, als Handlanger des sowjetischen Expansionismus zu funktionieren, Das darf man nicht vergessen.

Es ist ja bezeichnend, daß sich Befürworter und Gegner des Waffengeschäfts mit Chile anscheinend darin einig sind, daß man zur internationalen Entwicklung, zur Rolle des Sozialimperialismus in Chile schweigen soll.

Der Kommunistische Bund Österreichs unterstützt den Kampf der chilenischen Arbeiter und Bauern um den Sturz der Junta, um die nationale und soziale Befreiung der Massen. Dazu gehört auch der Kampf gegen den sowjetischen Expansionismus in Südamerika und der Kampf gegen den Einfluß von Revisionismus und Sozialdemokratismus in Chile selbst. Wir unterstützen auch alle Unabhängigkeitsbestrebungen der Völker und der Länder Südamerikas gegen den Imperialismus. Für die gegenwärtig laufende, objektiv nur den russischen Sozialimperialisten dienende, und von den KPÖ-Revisionisten und solchen Teilen der Sozialdemokratie, die wie sich neuerdings immer mehr herausstellt, im sowjetischen Fahrwasser segeln, angezettelte Kampagne gegen Chile werden wir uns nicht hergeben. Alle diejenigen, die meinen, eine gerechte Sache gegen die faschistische Junta in Chile zu vertreten und über alles weitere die Augen verschließen zu können, werden sich bei der angekündigten Demonstration am 11. August plötzlich in einer Demonstration wiederfinden, die von A bis Z die Geschäfte des sowjetischen Sozialimperialismus besorgen wird. Jedenfalls kann man festhalten, daß jeder, der daran teilnimmt, sich schwer tun wird, den Vorwurf, den Sozialimperialisten in die Hände zu arbeiten, zu entkräften. (wl)

Was steckt hinter dem AKH-Skandal?

Es ist nicht zum ersten Mal, daß von Oppositionsparteien dunkle Geschäfte von Regierungsvertretern und Behörden aufgedeckt werden. Es ist nicht zum ersten Mal so, daß wirklich konkretes und wirklich brisantes Material vorhanden ist. Und doch ist diesmal - vorsichtig ausgedrückt - einiges anders. Von der Wiener Donauinsel über den Bauring, die UNO-City, die Reichsbrücke, die Grundstücksspekulationen bis zu Leodolters "Millionending": Politisches Kapital konnte die ÖVP bisher nie aus ihren Kampagnen schlagen. Im Gegenteil: Eher haben diese Enthüllungskampagnen bewirkt, daß sich die Massen damit abgefunden haben, daß Politiker und Beamte korrupt und geldgierig sind und daß sie bei der Frage nach "SPÖ oder ÖVP" diesen Komplex bewußt aus der Entscheidung herausgehalten haben. "So arg kann's die SP gar nicht treiben, daß ich deshalb die Schwarzen wählen würde", konnte man oft hören.

Der AKH-Skandal jedoch scheint die Reihen der Regierungspartei gehörig aufgewühlt zu haben. Gegensätze zwischen führenden SPÖlern waren noch niemals so offen und so scharf, wie nun. Hat die ÖVP also nun endlich Erfolg gehabt, nun endlich die richtige Munition gefunden? Sicherlich geht es beim AKH-Skandal um andere Größenordnungen, als bei den bisherigen Skandalen. Sicherlich handelt es sich hier um den größten (aufgedeckten) Skandal der 2. Republik überhaupt. Kommen aber die Zerwürfnisse in der SPÖ vom Druck der empörten Massen? Auch beim AKH-Skandal ist die "Volksseele" bisher eher ruhig geblieben. Es gibt wenig Menschen, die von den Enthüllungen wirklich überrascht sind. Selbst die Umfrage eines bürgerlichen Instituts hat ja vor kurzem gezeigt, daß der Großteil der Bevölkerung die Politiker und Beamten ohnehin für durch und durch korrupt hält.

Und als aufmerksamer Beobachter mußte man in den letzten Wochen und Monaten eher zum Schluß kommen, daß die Monsterberichterstattung der Zeitungen weniger auf entsprechend großem Interesse unter den Massen beruht, als darauf abzielt, ein solches Interesse mit allen Mitteln zu wecken.

Im AKH-Skandal selbst läßt sich also eigentlich nichts finden, was dahingehend hätte wirken können, die SPÖ von außen unter Druck zu setzen. Und so scheint die ÖVP zu ihrer langgesuchten Erfolgsmunition gekommen zu sein, wie die Jungfrau zum Kinde.

Tatsächlich hatte der AKH-Skandal, solange er eine ausschließlich von der ÖVP betriebene Aktion war, auch wenig Wirkung. Die Wirkung ist gekommen, mit der Ausweitung. Heute, wo klar ist, daß nicht nur die Wiener Gemeindeverwaltung, nicht nur die Regierung, nicht nur die SPÖ, sondern ebensoviel bestimmt auch die ÖVP drinnen hängt, heute wo die Sache bereits so weit geht, daß eine Verhaftung die andere jagt und die renommiertesten Firmen in ein mehr als schiefes Licht kommen, heute also hätten alle Beteiligten eigentlich Grund genug, den Skandal, wie früher schon oft praktiziert, still und heimlich im Sande verlaufen zu lassen. Es findet sich, oberflächlich betrachtet, heute niemand im bürgerlichen Lager, der von den Ergebnissen des Skandals wirklich profitieren könnte. Viele glauben daher, daß der Skandal aufgrund der vielen gegenseitigen Erpressungen und Bedrohungen inzwischen eine derartige Eigendynamik entwickelt hat, daß er sich einfach nicht mehr "abstellen" läßt. Dies mag eine Rolle spielen, jedoch sicherlich nicht die entscheidende. Denn mit gutem Grund ist es bisher in den seltensten Fällen zu einer solchen Eigendynamik gekommen. Wenn es diese Eigendynamik gibt, so muß hinter ihrer Existenz ebenso ein besonderer Grund stecken, wie hinter der - gemessen an den früheren Skandalen - höchst sonderbaren Entwicklung im AKH-Skandal.

Dieser besondere Grund existiert zweifellos und er kann unserer Meinung nach nur in der Regierungspartei selbst und ihren heutigen Bedingungen gefunden werden.

Ebenso auffällig, wie die völlig verschiedenen Stellungnahmen verschiedener SP-Kreise sind es auch die Ausagen, daß die einander jagenden Enthüllungen zum Großteil direkt aus SP-Kreisen kommen, oder zumindest zu kommen scheinen, oder aber wenigstens als aus SP-Kreisen kommend deklariert werden.

FP-Chef Steger berief sich in seinen bisher zwar unbewiesenen, deshalb jedoch um nichts unglaubwürdigeren Verdächtigungen über Parteienfinanzierung immer wieder auf vertrauliche Informationen innerhalb der SPÖ. Und der "Kurier"-Chef Leitgeb brüstete sich in einem Leitartikel unlängst damit, daß man ständig Informationen aus SP-Kreisen bekomme, ohne die eigentlich nur halb so viel zu berichten wäre.

Ein weiteres Indiz dafür ist die inzwischen geänderte Haltung der ÖVP. Machte sie Anfangs noch voll Front gegen die SPÖ, so ist sie inzwischen dazu übergegangen, von einer bestimmten Clique, einer bestimmten Gruppe in der SPÖ zu sprechen, von einer, wie es VP-Anwalt Graff gerade im "Kurier" ausspach, "Blase, die man endlich aufstechen muß".

Von all diesen Indizien heben sich jedoch zwei Fragen besonders ab: Wie kommt die ÖVP und ihre Presse plötzlich zu Material, mit dem sie führende SP-ler, wie etwa Androsch wirklich eintunken könnte, wenn nicht über die SPÖ selbst? Und: Wieso scheint sich die SP-Führung plötzlich in zwei Lager zu spalten? Auf der einen Seite stehen Politiker, wie Bundeskanzler Kreisky und seine "linken" Kollegen, wie Lanc, Fischer, Sinowatz etc., auf der anderen finden sich Benya, Sekanina, sowie der inzwischen in harte Bedrängnis geratene Androsch, kurzum, die "Stützen der Wirtschaft".

Seit der Olah-Krise und seit sich wenig später, Bundeskanzler Kreisky in der SPÖ gegenüber Pittermann durchsetzen konnte, hat es in der SPÖ praktisch keine größeren Differenzen gegeben. Gleichzeitig hat die SPÖ nun zehn Jahre Regierungstätigkeit hinter sich. In diesen 10 Jahren hat sie für die Monopolbourgeoisie mit der sie über die Parteispitzen verwachsen ist, viel geleistet. Österreich ist ein Land, in dem dank der entsprechenden Ausbeutung Kapital relativ viel Profit abwirft, Österreich ist ein Land, in dem sich die Bourgeoisie über die Steuern einen besonders grossen Teil der Arbeiterlöhne wieder zurückholt - und Österreich ist ein Land mit "sozialem Frieden".

Um all dies, besonders das letzte, hat die SPÖ-Regierung bedeutenden Verdienst. Die Sache hat aber auch eine andere Seite. In den 10 Jahren ihrer Regierungstätigkeit hat sich die "Arbeiterpartei" SPÖ abgenutzt. Mehr vielleicht, als sich das infolge des Fehlens einer "Alternative" (die die ÖVP nicht bringen konnte) offen gezeigt hat. Insbesondere die Politiker, mit denen eng die Wirtschafts- und Finanzpolitik verbunden wird, und unter ihnen wieder insbesondere Androsch, sind unter den Arbeitern, auch unter den SP-lern besonders verhaßt.

Schon seit einiger Zeit spricht manches dafür, daß die SPÖ wieder mehr als "Arbeiterpartei" profilieren will, bzw. daß zumindest Teile von ihr dies anstreben. Angesichts der verstärkten Krisenzeichen in aller Welt und auch in Österreich, sowie nicht zuletzt angesichts der weitgehend verschuldeten Staatsfinanzen gibt es in der SPÖ in jüngster Zeit Kopfzerbrechen darüber, wie in den nächsten Jahren die Arbeiter unterm Joch des Kapitals gehalten werden können. Hier scheinen die Meinungen auseinanderzugehen. Die Gruppe um Androsch, Benya etc. scheint darauf zu setzen, in direkter, offener Form weiterhin die Interessen der Bourgeoisie durchzusetzen, während die anderen daran denken, die abgestandene und trübe Sozialpartnerschaftssuppe mit einem Schuß "Klassenkampf" zu würzen.

Die Bourgeoisie ist über diese Entwicklung alles andere als erfreut. In einem Kommentar der Zeitung "Die Presse" konnte man vor kurzem lesen, daß es nun eigentlich nur zwei große Möglichkeiten gebe. Entweder Kreisky setze sich durch oder Androsch. Mit beidem ist die "Presse" durch und durch unzufrieden. Sie will nicht, daß die Leute, die die Wirtschaftspolitik für die Bourgeoisie bisher ausgezeichnet praktiziert haben, verschwinden, aber ebensowenig will sie, daß die Leute, die der SPÖ den Rahmen der "Arbeiterpartei" geben, abtreten müssen. Gerade die Kombination zwischen beidem ist es ja, was die SPÖ für die Bourgeoisie in der Vergangenheit so wertvoll machte. Und so tritt die "Presse" auch für eine friedliche Beilegung der Differenzen ein - und dafür, daß alles so bleibt, wie es war. Ob das aber geht?

Daß das bürgerliche Lager bisher nicht imstande war, seine Alternative zur SPÖ herauszubilden, könnte durchaus dazu führen, daß sich eine solche nun innerhalb der SPÖ zu bilden versucht. Daß dies keine wirkliche Alternative sein kann, ist klar. Aber die könnte das bürgerliche Lager ohnehin niemals herausbilden. Die einzige Alternative zum Kapitalismus ist die Revolution und die einzige Alternative zu den bürgerlichen Parteien, ist die revolutionäre Partei, die die österreichischen Arbeiter dringend brauchen.

Tatsächlich zeigt ja auch die Zusammensetzung des sich zu formieren beginnenden "linken" Lagers in der SPÖ, um welche Alternative es hier bestenfalls gehen könnte: Um einen Kreisky, der ohnehin in den letzten 10 Jahren Regierungsoberhaupt war, um einen Sinowatz, einen Fischer, einen Gratz, einen Lanc, einen Dallinger usw.

Die Besorgnis der Bourgeoisie ist jedenfalls durchaus verständlich. Kommt es zu einer Zuspitzung der Widersprüche in der SPÖ, kommt es gar zu Machtkämpfen, egal welchen Ergebnisses, so wird dies immerhin einiges dazu beitragen, die Grundlage für die Illusion vom "österreichischen Weg" abbröckeln zu lassen. Und dies wäre eine Entwicklung, die vollauf in Einklang mit den wirklichen Verhältnissen und ihrem Gang stünde, die objektiv ohnehin immer notwendiger wird und die sich so oder so mit Sicherheit nicht aufhalten lassen wird. (gf)

Heizen Lohnerhöhungen die Inflation an ?

Mit zunehmender Inflation wird sicher die bürgerliche Theorie von der "Lohn-Preis-Spirale" wieder zum Zug kommen: Die Löhne würden ohnehin schon durch die Inflation ständig entwertet; weitere Lohnsteigerung würde nur weiteres Anheizen der Inflation nach sich ziehen; die Arbeiter würden sich also durch Lohnerhöhungen nur ins eigene Fleisch schneiden.

ES GIBT KEINE "LOHN-PREIS-SPIRALE"

Nach dieser "Theorie" gehen die Preissteigerungen auf Lohnsteigerungen zurück; die Inflation nimmt zu, wenn die Arbeiter Lohnerhöhungen durchsetzen, die "das überziehen, was überhaupt zum Verteilen da ist". Wenn also jetzt seit einigen Monaten sich die Inflation beschleunigt, müßte dies auf eine immer schärfere Lohnpolitik der Gewerkschaft zurückzuführen sein. Tatsächlich ist aber, wie allgemein bekannt, das Gegenteil der Fall. Alle bisherigen Abschlüsse liegen brutto unter der Inflationsrate und das Bourgeois-Institut für Wirtschaftsforschung ist ganz verblüfft über das Ausmaß an "Zurückhaltung" der Gewerkschaften in der Lohnpolitik. Der wirkliche Sachverhalt ist also: Die Inflation beschleunigt sich; die Löhne werden immer mehr entwertet; die Lohnerhöhungen sind absolut ungenügend; die Lohn- bleibt hinter der Preisentwicklung zurück; aber trotzdem beschleunigt sich die Inflation ständig. Die Preise hängen die Löhne ab, aber von einer "Spirale" kann keine Rede sein.

Auch auf längere Sicht verhält es sich nicht anders. Die Metallarbeiter werden relativ besser bezahlt als etwa die Textilarbeiter. Dann müßten also die Preise der Produkte der Metallindustrie besonders stark steigen. Das Gegenteil ist der Fall: In den letzten Jahren sind die Preise der Investitionsgüter - laut Großhandelspreisindex - nicht einmal halb so viel gestiegen wie die der Konsumgüter: Ist der Großhandelspreisindex für Investitionsgüter von 1976 bis 1978 nur auf 102,5% gestiegen, so der für Konsumgüter auf 105,6%; der für Textilien sogar auf 109,3% und der für Bekleidung auf 112,1%. Mit einer überdurchschnittlichen Entwicklung der Löhne der Textil- und Bekleidungsarbeiter kann dies wohl nichts zu tun haben; sehr wohl aber mit der unterschiedlichen Produktivitätsentwicklung in den verschiedenen Branchen.

DIE "THEORIE" VON DER "LOHN-PREIS-SPIRALE" IST UNSINN

Man kann die "Theorie" der "Lohn-Preis-Spirale" also statistisch widerlegen. Das genügt aber nicht. Da es eine "Theorie" ist, muß sie auch theoretisch widerlegt werden. Die primitiveren Kapitalisten denken sich die Sache vielleicht so: Wenn die Kosten steigen, z.B. die Löhne, muß ich auf höhere Kosten einen entsprechend höheren Profit aufschlagen; es steigen daher die Preise. Das ist aber wirklich nur graue Theorie. Denn die ganze Kapitalistenherrlichkeit ist zu Ende, wenn "der Markt" den so kalkulierten Preis nicht hergibt. Große Monopole können den Markt beeinflussen, aber auch nicht beliebig, wie man immer wieder deutlich sieht, weil es immer mehrere Monopole gibt und sich die Konkurrenz nie beseitigen läßt. In Wirklichkeit ist es nicht so, daß die Kapitalistenkalkulation die Preise reguliert, sondern daß die Kapitalisten ihre Kalkulation in den Preisen unterbringen müssen, die von den Werten der Waren vermittels der Konkurrenz reguliert werden. Das macht deutlich, daß der Wert der produzierten Waren eines ist, die Löhne, also der Wert der Arbeitskraft, die der Arbeiter dem Kapitalisten verkauft, etwas ganz anderes. Keineswegs bestimmt der Wert der Arbeitskraft denjenigen Wert, den die Arbeitskraft im Zug ihrer Vernutzung durch das Kapital erzeugt. Der Wert der Arbeitskraft wird bestimmt durch die Reproduktionskosten der Arbeitskraft.

Wenn wir einmal von den ständigen Bemühungen der Kapitalisten, die Löhne unter den Wert der Arbeitskraft zu drücken, absehen, dann entsprechen die Löhne den Reproduktionskosten der Arbeitskraft. Mit dem Wert des erzeugten Produkts hat das nichts zu tun; der Kapitalist könnte sogar nutzloses, daher wertloses Zeug produzieren lassen. Tatsächlich muß der Kapitalist die Löhne zahlen - im großen und ganzen unabhängig davon, wie gut oder schlecht die Kapitalverwertung die Profitmacherei, läuft. Umgekehrt: Was der Arbeiter an Wertprodukt erzeugt, gehört selbstverständlich dem Kapitalisten, der seine Arbeitskraft gekauft hat. Wenn der Wert der Arbeitskraft des Metallarbeiters z.B. steigt, weil aufgrund einer Mißernte nach der anderen die Lebensmittelpreise stark steigen, dann steigt deshalb noch lange nicht der Wert des Produktes, das er herstellt. Kann dem Kapitalisten erhöhter Lohn abgerungen werden, dann ist das



"Ein Schilling, der für höhere Erdölpreise ausgegeben wird, kann nicht nocheinmal für Lohnerhöhungen ausgegeben werden" - die Androsch-Variante der "Lohn-Preis-Spirale."

einzige, was passiert: Profitschmälerung. Jedenfalls gibt es keine "Spirale", sodaß der Metallkapitalist sagen könnte: "Weil ich meinen Arbeitern mehr zahlen muß, sind meine Produkte jetzt mehr wert, daher teurer." Er wird natürlich versuchen, erhöhte Kosten durch erhöhte Preise seiner Waren zu kompensieren, aber ob das gelingt, ist eine zweite Frage. Das hängt von allem anderen, als der Entwicklung der Lohnkosten des Kapitalisten ab. Es hängt von der Entwicklung des Werts des Produkts ab und auch davon, ob aufgrund von Marktschwankungen die Preise von den Werten abweichen. Der Wert, den die Arbeitskraft hat, und der Wert, den sie erzeugt, sind zwei ganz unterschiedliche Dinge; einen Zusammenhang gibt es hier überhaupt nur insoweit, als höhere Vernutzung der Arbeitskraft (z.B. durch höhere Intensität der Arbeit) sowohl die Reproduktionskosten, als auch den produzierten Wert erhöht - aber das hat ebenfalls mit einer "Lohn-Preis-Spirale" nichts zu tun.

So ist es, was die Werte betrifft. Was die Preise betrifft - jeder Wert drückt sich ja in Preisen aus, wobei die Preise um den Wert schwanken - ist es nicht anders. Die Abweichungen der Preise vom Wert bestimmen sich aus der Konkurrenz - aber im Fall des Lohns aus der Konkurrenz auf dem sogenannten "Arbeitsmarkt", im anderen Fall aus der Konkurrenz auf dem betreffenden Warenmarkt. Es gibt keine "Lohn-Preis-Spirale". Es gibt auch keine "Preis-Lohn-Spirale", wie dies z.B. die KPÖ-Revisionisten der Kapitalistenpropaganda gern entgegensetzen. Dabei wird die Existenz einer solchen "Spirale" anerkannt, nur die "Schuldfrage" ist auf den Kopf gestellt.

Dennoch steigen in Zeiten höherer Inflation auch die Löhne im allgemeinen mehr. Das liegt aber nicht an einer "Spirale", sondern am gewerkschaftlichen Kampf. Hohe Inflation - woher sie kommt, haben wir im KLASSENKAMPF 19/80 untersucht - führt zu starker Entwertung der Löhne. Wollen die Arbeiter auch nur den erreichten Reallohn verteidigen, müssen sie auch dementsprechend hohe nominelle Lohnerhöhungen erkämpfen. Aber immer laufen die Arbeiter der bereits stattgefundenen Lohnentwertung nach. Ein Jahr sind z.B. nunmehr die Metallarbeiterlöhne durch die Inflation entwertet worden - und während jetzt im September um einen neuen Abschluß verhandelt wird (der nur wenn die Arbeiter stark auf den Plan treten, die Inflation kompensieren kann), geht die inflationäre Entwertung der Löhne weiter. Die Löhne hinken stets hintennach. Was hat das mit "Lohn-Preis-Spirale" zu tun? Würden die Arbeiter auf Lohnerhöhungen verzichten, das heißt die inflationäre Entwertung der Löhne hinnehmen, würde dies keinesfalls zu einer geringeren Inflation führen, sondern lediglich zu geringeren Kosten und daher höheren Profiten der Kapitalisten.

IMPORTIERTE INFLATION?

Genauso ist die Propaganda von der "importierten Inflation" nur eine Lohndrückerpropaganda der Kapitalisten. Sie besagt: Die Inflation, soweit sie aus dem Ausland importiert wird, also nicht "hausgemacht" ist, kann nicht durch Lohnerhöhungen abgegolten werden. Eine besondere Variante davon ist die Propaganda, daß die vom Ausland her gestiegenen Energiepreise nicht abgegolten werden könnten. Das zweitere ist nur die gemäßigtere Variante, denn was für Energie gilt, kann genausogut für Schuhe, Möbel und Schokolade gelten.

Tatsächlich zeigt auch hier ein Blick auf die Statistik, daß es die "importierte Inflation" gar nicht gibt. Die Importpreise sind von 1971=100% bis 1979 auf 144% gestiegen. In derselben Zeit sind aber die Großhandelspreise insgesamt von 100 auf 147,9% gestiegen. Die Importpreise sind also nur unterdurchschnittlich, und zwar beträchtlich unterdurchschnittlich, gestiegen.

Es verhält sich weiters so, daß Preissteigerungen nur importiert werden können, wenn die inneren Marktverhältnisse das erlauben. Andernfalls bleibt der Importeur ja auf seiner Ware sitzen. Wenn sie es aber erlauben, dann würden sie einem inländischen Produzenten genauso hohe Preise erlauben. Der Grund für den Import von Preissteigerungen kann daher nur darin liegen, daß es entweder den betreffenden Produktionszweig (Autos) oder das betreffende Produkt nicht (oder nicht in entsprechender Qualität) gibt - oder daß der hiesige Kapitalist noch teurer wäre.

So unhaltbar die Propaganda von der "importierten Inflation" ist, so sehr wird sie von der Bourgeoisie, von Sallinger bis Androsch, breitgetreten, um Lohndrückerei zu propagieren. Auch hier gilt wieder: Würden die Arbeiter daran orientieren, würde dies nichts an der Preisentwicklung ändern, jedoch ihren Reallohn noch weiter zurückbleiben lassen.

Die Forderungen, die der Kommunistische Bund Österreichs zu den bevorstehenden Lohnrunden erhebt, nämlich 9%, mindestens aber 900,-, gehen aus von der Verteidigung der Löhne gegen ihre inflationäre Entwertung. Wieviel Kraft die Arbeiter bei den Lohnrunden für geeignete Forderungen aufbringen, hängt auch davon ab, wieweit sie ideologisch mit der Bourgeoispropaganda fertigwerden.(wl)

Budgetsanierung auf Kosten der Postler

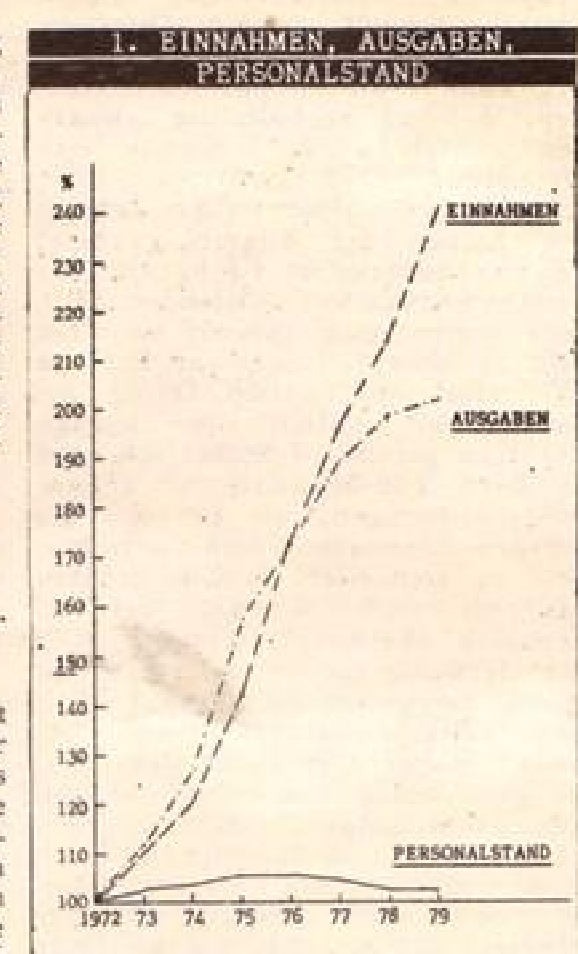
Rücksichtslos nutzt der bürgerliche Staat sein Post- und Fernmeldemonopol, um daraus seinen aufgeblähten Haushalt mitzufinanzieren. Seine Allmacht als Monopolherr kommt vor allem in zwei Formen zum Ausdruck: Einerseits in der Ausplünderung der Volksmassen über steigende Gebühren, zum anderen über die verstärkte Ausbeutung der Kollegen. Beides findet seinen Niederschlag in der Betriebsbilanz: Seit 1976 weist die kaufmännische Erfolgsrechnung ständig nach oben. Von 822 Millionen Schilling (1976) über 1.885 Millionen Schilling (1977), 1.954 Millionen Schilling (1978) auf 3.200 Millionen Schilling 1979 (Zahlen laut Geschäftsbericht 1979, Seite 23).

Eine längerfristige Untersuchung der Betriebsentwicklung ergibt, daß seit 1975 die Zügel wesentlich gestrafft wurden. Das betrifft sowohl die Ausplünderung über die Gebühren als auch die Ausbeutung der Postbediensteten. Stiegen die Gesamteinnahmen zwischen 1971 und 1975 um rund 4,8 Milliarden Schilling, so betrug die Steigerung zwischen 1975 und 1979 fast das Doppelte, nämlich 9,3 Milliarden Schilling. Aufschlußreich ist die Aufschlüsselung nach den einzelnen Sparten.

AUSPLÜNDERUNG DES VOLKS DURCH GEBÜHRENERHÖHUNGEN

Diese Zahlen lassen sich nicht nur durch erhöhte Anzahl der Postsendungen, Vergrößerung des Fernsprechnetzes und vermehrte Inanspruchnahme der Postautolinien erklären. Ins Auge stechen vielmehr die "Tarifsprünge" im Zeitraum 1975 - 1979. So hat die Anhebung der Postgebühren 1976 einen Zuwachs von fast 1,8 Milliarden Schilling gegenüber 1975 gebracht (54,5%). Auch die letzte Anhebung 1979 hat fast 1 Milliarde Mehreinnahmen erbracht, gegenüber 1978 eine Steigerung um 18,4%. Bei den Fernmeldegebühren hat sich vor allem die Anhebung 1977 bemerkbar gemacht: gegenüber 1976 eine Steigerung von mehr als 1,9 Milliarden Schilling oder 22,7%.

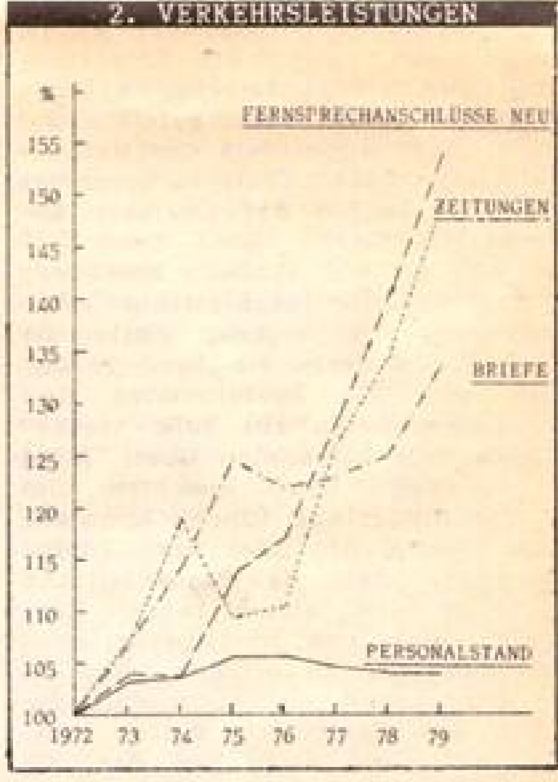
Wir haben die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung seit 1972 in einen Index umgerechnet, der uns Aufschluß über die allgemeine Entwicklungstendenz gibt (Indexbasis 1972 = 100 siehe Grafik 1). Deutlich erkennbar ist die "Trendwende" 1975: Während die Ausgabenentwicklung zusehends abflacht, wird die Einnahmenskurve immer steiler. Das Auseinanderklaffen der beiden Kurven



ist ein klarer Beweis dafür, daß der Staat sein Postmonopol verstärkt in den Dienst seiner Budgetsanierung stellt. Er hat damit ein wesentliches Ziel seines "Unternehmensplan 1975 bis 1979", nämlich verschärfte Ausplünderung der Volksmassen über die Gebühren, erreichen können.

VERSTÄRKTE AUSBEUTUNG DER POSTLER

Diese Entwicklung ist nicht einfach auf Gebührenerhöhungen zurückzuführen. Entscheidend ist, daß diese bei fast gleichbleibendem Personalstand, Dämpfung der Personalkosten und wesentlich gestiegenen Verkehrsleistungen durchgezogen werden konnte. Nur über die verschärfte Ausbeutung der Kollegen war es möglich, den Post- und Fernmeldebetrieb verstärkt zur Sanierung des Staatshaushalts einzubeziehen. Die wachsende Ausbeutung hat der Dienstherr in erster Linie durch scharfen Druck auf die Gehälter durchgeführt; dazu kommt weiters die Intensivierung der Arbeit, Zunahme der Überstunden- und Schichtarbeit, Rationalisierungsmaßnahmen vor allem auf dem Fernmeldesektor.



Die Grafik 2 (Verkehrsleistungen) dokumentiert insbesondere die Intensivierung der Arbeit (Indexbasis 1972 = 100). Der Personalstand liegt nur wenig über jenem von 1972 und auf der Ebene von 1974. Dagegen sind die Verkehrsleistungen nur mit wenigen Unterbrechungen ständig gestiegen. Der Rückgang bei den Zeitungen 1975 ist auf den (mißlungenen) Boykott der Samstagszustellung zurückzuführen; ab 1976 steigt die Tendenz wieder steil an. Bei den Briefsendungen hat die drastische Gebührenerhöhung von 1976 sich vorübergehend ausgewirkt, aber auch hier war bald wieder ein immer steiler werdender Zuwachs zu verzeichnen. Im Fernmeldedienst hat sich die Zahl der Fernsprechanschlüsse durch ständige jährliche Zuwachsraten von 8 bis 9% fast verdoppelt.

Auch bei der Post wird es bei den Gehaltsverhandlungen und bei der Budgetauseinandersetzung im Herbst um mehrere Forderungen gehen müssen: Um eine Gehaltserhöhung, die wenigstens die Entwertung der Löhne durch die Inflation ausgleicht (dazu sind 9% mindestens 900,- Schilling notwendig). Und um eine wesentliche Erhöhung des Personalstandes (ähnlich wie bei der ÖBB - siehe den Bericht auf der selben Seite).

Zelle Post/Salzburg

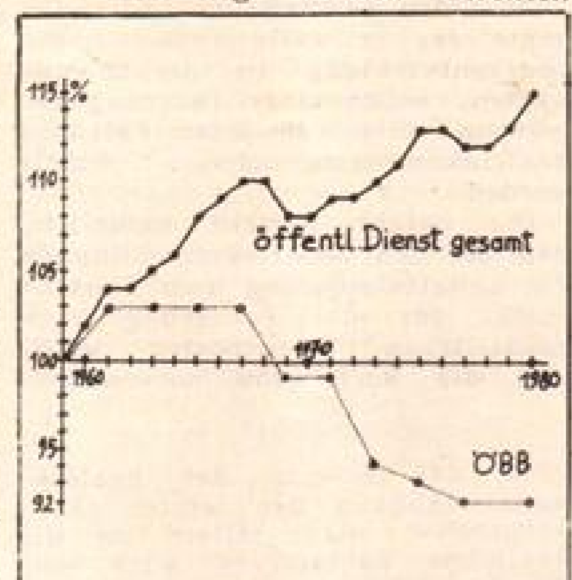
Öffentlicher Dienst: Dienstrecht entrechtet

Das Dienstrecht im engen Sinn ist das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 (BDG), das die alte Dienstpragmatik von 1914 ersetzt. Das BDG gilt für die fixangestellten Staatsdiener. Für die Vertragsbediensteten (VB) gilt analog dazu das Vertragsbedienstetengesetz 1948. Tritt man in den Staatsdienst ein, dann in vielen Fällen zuerst als Vertragsbediensteter. Sobald ein Planposten frei ist, muß man um die provisorische Pragmatisierung ansuchen. Nach vier Jahren kann man dann definitiv (endgültig) pragmatisiert (unkündbar angestellt) werden. Das ist jedenfalls der Normalfall. Wird man als provisorisch pragmatisierter Beamter gekündigt oder kündigt selbst, tritt man als definitiv pragmatisierter Beamter aus dem Staatsdienst aus oder wird nach einem Disziplinverfahren entlassen, so hat man nicht irgendeinen Dienstgeber verlassen sondern einen uneingeschränkten staatlichen Monopol-Apparat, kann daher auch nicht mehr wieder zurück. Arbeitsplatzwechsel wie in der Privatwirtschaft oder auch in der verstaatlichten Industrie gibt es im Staatsdienst nicht. Natürlich gibt es Arbeitsplatzwechsel innerhalb des Staatsdienstes, nämlich die Versetzung. Sie ist aber meist mit Nachteilen für den Bediensteten verbunden, so daß sie hauptsächlich als Drohung wirkt.

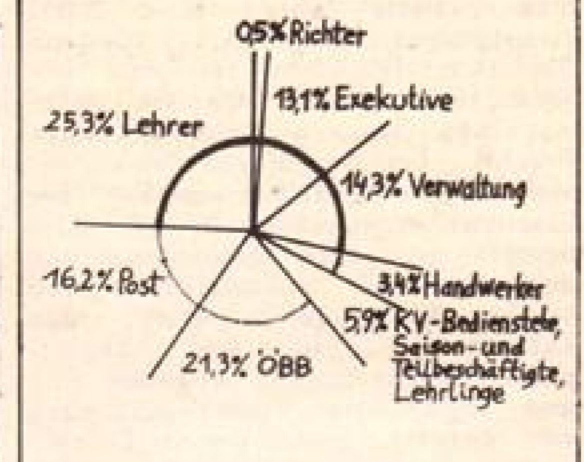
Wer in den Staatsdienst eintritt, unterwirft sich den Pflichten des Dienstrechts. Die Fesselung durch sie reicht im allgemeinen völlig aus, um den Staatsdiener zu einem Werkzeug des imperialistischen Staatsapparates zu machen. Die Verpflichtung des Beamten auf die Befolgung aller Gesetze der Republik Österreich im Diensteid bringt das zum Ausdruck. Die wichtigsten Pflichten sind: Erfüllung aller gültigen Vorschriften, Gehorsam gegenüber Vorgesetzten, Amtsverschwiegenheit, Arbeit nach dem Dienstplan, Überstunden auf Anordnung, Meldepflicht über alle wichtigen persönlichen Daten, Melde- und Bewilligungspflicht für eventuelle Nebenbeschäftigungen (die bei den Postlern und Eisenbahnern ökonomisch eine große Rolle spielen). Dem stehen an Rechten gegenüber: Anspruch auf Bezug (Entlohnung), auf Amtstitel, Urlaub, eventuell auf Kuraufenthalte und Sachleistungen. Im BDG wird auch die Beurteilung der Arbeitsleistung generell geregelt. Wer drei Jahre lang "den zu erwartenden Arbeitserfolg trotz Ermahnung nicht aufweist", wird trotz Pragmatisierung entlassen. Disziplinarstrafen (Verweis, Geldbuße bis zu einem halben Monatsbezug, Geldstrafe bis zu fünf Monatsbezügen, Entlassung) werden sehr unterschiedlich angewendet: Bei der ÖBB z. B. sind Geldbußen an der Tagesordnung.

Zum Dienstrecht im weiteren Sinn gehört das Gehaltsgesetz 1956 (GG), das nach jeder Gehaltsverhandlung vom Parlament auf Vorschlag der Regierung novelliert wurde und wird. Das GG unterscheidet acht Arten von Besoldungsgruppen: Beamte der allgemeinen Verwaltung, Beamte in handwerklicher Verwendung, Richter und Staatsanwälte, Hochschullehrer, alle übrigen Lehrer, Schulaufsichtsbeamte (Inspektoren), Wachebeamte, Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten. Für jede Besoldungsgruppe gibt es ein eigenes Gehaltsschema mit den einzelnen Gehaltsstufen (siehe KLASSENKAMPF 18/80). Auch im Gehaltsgesetz gibt es eine Strafe, nämlich das Aussetzen der Zeitvorrückung in eine höhere Gehaltsstufe, wenn der Arbeitserfolg trotz Ermahnung ausbleibt. Das Gehaltsgesetz beinhaltet die Vorschriften über die Auszahlung von 13 (!) Arten von Nebengebühren, angefangen von der Überstundenvergütung und Pauschalvergütungen über die Erschwerniszulage bis zur Belohnung. Die Nebengebühren machen oft bis zu einem Drittel des Lohns aus (wie bei der Post) und sind daher von großer Bedeutung. Durch sie werden die Schandlöhne, die der Staat der Masse seiner Bediensteten zahlt, scheinbar erträglicher.

Aus der Unzahl von Gesetzen die den Staatsdienst reglementieren, ragen einige heraus: Das Personalvertretungsgesetz 1967 (PVG) ist ein Gegenstück zum Arbeitsverfassungsgesetz und regelt die "Mitbestimmung". Die Personalvertretung ist das Gegenstück zum Betriebsrat. Die Personalvertreter einer Dienststelle haben allerdings keinen direkten



Von 1959 bis 1980 stieg der gesamte Personalstand von 253.000 auf 290.000, bei der ÖBB fiel er von 79.500 auf 73.500.



Der Anteil der eigentlichen Staatsmacht, des Unterdrückungs-, Verwaltungs- und Indoktrinierungsapparates beträgt knapp über 50 Prozent.

Einfluß auf die regionale und die zentrale Personalvertretung, weil letztere zwar gleichzeitig, aber unabhängig und direkt gewählt werden. Beim Sozialrecht im Staatsdienst spielen das Beamten-Kranken- und Unfallsgesetz und das Pensionsgesetz eine besondere Rolle. Durch sie sind die Beamten auch im Kranken- oder im Ruhestand von den übrigen Lohnabhängigen abgesondert (allerdings nicht bessergestellt, abgesehen von Ausnahmen, die abgeschafft werden sollen). Analog zum BDG haben die Lehrer eine eigene Lehrdienstpragmatik, deren harter Kern aus dem Jahr 1917, knapp vor Ende des Ersten Weltkriegs stammt und entsprechend "fortschrittlich" ausschaut.

Zusammenfassend kann man sagen, im öffentlichen Dienst ist alles gesetzlich geregelt. An keiner Dienststelle können Vereinbarungen getroffen werden, die einer Betriebsvereinbarung in der Privatwirtschaft oder in der verstaatlichten Industrie entsprechen. Zwar kann jede der betroffenen vier Gewerkschaften (öffentlicher Dienst, Post, Bahn, Gemeinde) allein mit der Regierung verhandeln, auch einzelne Sektionen können das (die Gewerkschaft öffentlicher Dienst hat 26), aber für die Masse der Bediensteten schaut nur was raus (wenn überhaupt), wenn große, allgemeine Verhandlungen wie im kommenden Herbst stattfinden.

Reformen im produktiven Sektor sind hauptsächlich blanke Rationalisierungen, Senken der Beschäftigtenzahl absolut bei zunehmender Produktivität. Im unproduktiven Sektor richten sich Reformen gegen die wildwüchsige Aufblähung des imperialistischen Staatsapparates, gelten der Erhöhung von dessen Schlagkraft und der besseren Lenkbarkeit.

Schließlich muß noch festgehalten werden, daß die imperialistische Bourgeoisie selbst den gerechten Haß der Volksmassen auf den bürgerlichen Staatsapparat auf "die Beamten" lenkt.

Sie sollen Angst bekommen, ihre "Privilegien" (die nur ganz Wenigen zugute kommen) zu verlieren. Dagegen müssen wir festhalten, daß es notwendig ist, die "Privilegien" der Pragmatisierung, die für die Massen der Beamten nur eine Fesselung und Abspaltung sind, abzuwerfen. Alle Schritte in diese Richtung müssen der Abschaffung des besonderen Dienstrechtes dienen, um die Beamten mit den übrigen werktätigen Lohnabhängigen zusammenzuschließen. Im Augenblick geht es bei den Gehaltsverhandlungen und bei den KV-Verhandlungen der Metallarbeiter um die gemeinsame Forderung 9% MINDESTENS 900,- Schilling und um ihre gemeinsame Durchsetzung. Das ist diesem Zusammenschluß dienlich und ein Beitrag zum Kampf um den Wert der Arbeitskraft.(pepi)



Gemeindebediensteter: Dienstrecht als Kandare

Offener Brief des KB an den Metall -Gewerkschaftsvorstand

Das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs hat einen offenen Brief an den Zentralvorstand der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie geschrieben. In diesem Brief wird darauf hingewiesen, daß nur noch wenige Wochen Zeit sind, um die kommenden Kollektivvertragsverhandlungen in den Betrieben vorzubereiten. Von dieser Vorbereitung hängt aber wesentlich ab, was die Arbeiter durchsetzen können. Klarheit und Einheit über die Forderung die bei den Verhandlungen erhoben werden sollen ist nötig.

An den Zentralvorstand der Gewerkschaft Metall Bergbau und Energie

Z.h. Kollegen Sepp Wille, Zentralsekretär

Am 1. 9. findet die nächste Sitzung des Zentralvorstandes statt, in der wichtige Entscheidungen für die kommenden Kollektivvertrags-Verhandlungen fallen sollen. Die Verhandlungen sollen im Laufe des September stattfinden.

Bis jetzt ist fast nichts geschehen, um die Verhandlungen in den Betrieben vorzubereiten. Das ist schlecht. Die Bedeutung der Gewerkschaft besteht ja gerade darin, daß die Arbeiter nicht einzeln den Kapitalisten gegenübertreten, sondern einheitlich und organisiert. Diese Kraft der organisierten Arbeiterschaft kann aber nur entfaltet werden, wenn vor Beginn der Verhandlungen in der Gewerkschaft eine breite Auseinandersetzung geführt wird und so weitgehende Einheit darüber erzielt wird, worum es bei den Verhandlungen geht, welche Forderungen aufgestellt werden sollen und wie man sie durchsetzen kann.

Gibt es eine solche Auseinandersetzung nicht, ist dementsprechend die Klarheit und Einheit über die Forderungen gering, so ist auch die Kampfkraft gering. Und die Kapitalisten werden das natürlich nützen, um möglichst niedrige Abschlüsse durchzusetzen.

Der Kommunistische Bund Österreichs hat bereits Anfang Juni einen Vorschlag für ein Forderungsprogramm zu den KV-Verhandlungen zur Debatte gestellt. Vom Zentralvorstand oder einzelnen leitenden Funktionären der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie war hingegen bisher noch nichts in dieser Richtung zu hören. Auch nicht von der Gewerkschaftspresse. Es wäre unbedingt Aufgabe des Zentralvorstandes, die wenigen Wochen bis zum Beginn der Verhandlungen zu nutzen. Der Zentralvorstand bzw. seine Mitglieder müßten ihre Vorstellungen über die notwendigen Forderungen bekanntgeben und über die Betriebsräte in allen Betrieben die Auseinandersetzung darüber organisieren.

Jeder Arbeiter, jeder Betriebsrat, jeder Gewerkschaftsfunktionär muß sich im Hinblick auf die kommende Lohnrunde einige Fragen stellen. Die Forderungen der Gewerkschaft müssen die Antwort auf diese Fragen enthalten. Der Zentralvorstand muß in seiner Sitzung am 1. 9. darüber beraten und eine Entscheidung treffen. Unsere Vorschläge dazu sind:

* Ziel der Kollektivvertrags-Verhandlungen muß auf jedenfall ein Ausgleich für die Teuerung, also die Sicherung der Reallöhne sein. Das ist ohnehin wenig, aber mehr wird bei dieser Lohnrunde nicht zu erreichen sein. Im Juli betrug die Inflationsrate bereits 7,1%. Es kann sein, daß sie in den nächsten 2 Monaten wieder leicht sinkt – aber sicher nicht unter 6,5%. Ausserdem beträgt die Entwertung der Löhne mehr als die Preissteigerung eines Jahres, weil ja der alte Kollektivvertrag länger als ein Jahr in Kraft ist. Eine Lohnerhöhung um 9% würde netto gerade 7% ausmachen. Jeder Abschluß unter 9% bedeutet also Sanktionierung des Reallohnabbaus.

* Die untersten Lohngruppen sind in den letzten Jahren immer weiter zurückgeblieben. Das hat nicht nur zur Folge, daß ein großer Teil der Metallarbeiter (ca. 25%, in der Elektroindustrie, und der Eisen- und Metallwarenindustrie sogar ca. 40%) mit Löhnen zwischen 4.300.- und 6.300.- Schilling netto auskommen muß. Gleichzeitig ist durch dieses Zurückbleiben der unteren Lohngruppen eine scharfe Spaltung der Arbeiter entstanden. Nachziehen dieser Lohngruppen ist daher dringend nötig. Dazu wäre eine Mindestforderung von 900.- geeignet. Nur 900.- Schilling für alle zu fordern wäre falsch, weil das für die oberen Lohngruppen weniger als 9% ausmacht, also den Reallohn nicht sichern würde. Die Verbindung 9% und mindestens 900.- Schilling ist aber eine geeignete Forderung. Das bringt für alle wenigstens einen Ausgleich der Inflation und gleichzeitig ein Nachziehen der unteren Lohngruppen. Es stärkt somit die Einheit und Kampfkraft der Metallarbeiter.

* Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne liegen um 20% bis 90% unter den durchschnittlichen Löhnen (je nach Industriezweig und Lohngruppe). Das ist aus zwei Gründen schlecht: Erstens ist ein Teil der Metallarbeiter (vor allem in den Kleinbetrieben und in Grenzregionen) gezwungen, mit diesen Mindestlöhnen zu leben. (In der Lohngruppe 1 ist das 6.800.- netto, in der Lohngruppe 7 sogar nur 4.300.-). Zweitens werden die Kapitalisten immer wieder versuchen, die Durchschnittslöhne in Richtung Mindestlöhnniveau zu drücken. Daher ist es notwendig, die Mindestlöhne wesentlich stärker zu erhöhen, als die Ist-Lohnerhöhung ausmacht. Wir schlagen daher eine Erhöhung der Mindestlöhne um 18% (das Doppelte der notwendigen Ist-Lohnerhöhung) vor.

* Wirklich "solidarische Lohnpolitik" – das kann nichts anderes bedeuten, als Nachziehen der untersten Lohngruppen, um deren besonders schlechte Lage zu beseitigen und die Spaltung der Arbeiter durch das Zurückbleiben dieser Niedriglohngruppen zu überwinden. In diesem Sinne müßte man die Beseitigung der Lohngruppen 6,7 und 8 durchsetzen.

* Der Metall-Bergbau-Energie Gewerkschaftstag hat beschlossen, bei den kommenden Kollektivvertragsverhandlungen eine Woche Zusatzurlaub für Schwerarbeiter und zwei Wochen Zusatzurlaub für Schwerstarbeiter zu fordern. Das ist ohnehin äußerst wenig und reicht bei weitem nicht aus, um die zusätzliche Belastung durch Akkord- und Schichtarbeit auszugleichen. Aber es wäre immerhin ein erster Schritt. Ist dieser durchgesetzt, können wir weitergehen in Richtung Verbesserung des Arbeitsschutzes für alle Arbeiter und in Richtung Verbot der Akkordarbeit und der Schichtarbeit (außer wo dies technisch nicht möglich ist).

* Um die zusätzlichen Ausgaben, die durch die besondere Belastung für Schichtarbeiter nötig sind, abdecken zu können, ist es notwendig, wesentlich höhere Schichtzulagen zu erreichen: Nachtschichtzulage 50% vom Lohn, Nachmittagsschichtzulage 30% vom Lohn wären geeignete Forderungen für die KV-Verhandlungen.

* Im Interesse aller Arbeiter wäre auch ein Existenzlohn für Lehrlinge. Nur so kann man erreichen, daß nicht die Eltern dafür zahlen müssen, daß die Kapitalisten die Facharbeiter ausbilden, die sie brauchen. Ein Schritt in diese Richtung wäre eine einheitliche Erhöhung der Lehrlingsentschädigung um 1.000,- Schilling im Monat. (Das entspricht ca. 9% vom durchschnittlichen Facharbeiterlohn.)

* Eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaft ist es, alle Spaltungsmöglichkeiten der Arbeiterschaft zu beseitigen. Dem entspräche es, für Industrie und Gewerbe, für Arbeiter und Angestellte die gleiche Lohnforderung aufzustellen – nämlich 9% mindestens 900,- Schilling.

Ausserdem sollten die Verhandlungen gleichzeitig geführt werden und Verhandlungen und Kampfmaßnahmen möglichst koordiniert werden.

Das alles müßte unserer Ansicht nach bei den kommenden KV-Verhandlungen gefordert werden, weil es dem Interesse der Metallarbeiter entspricht. Sicher ist ein solches Forderungsprogramm nicht leicht durchzusetzen. Ohne Kampfschritte der Gewerkschaft geht das sicher nicht. Aber unmöglich ist es nicht. Das sieht man unter anderem daran, daß die Steigerungen der Lohnkosten für die Metallkapitalisten etwa 388 Millionen Schilling ausmachen würde. Das sind 3,3% der Brutto-Investitionssumme 1979.
tralvorstand am 1. September mit diesen Fragen auseinandersetzen wird.

Mit gewerkschaftlichem Gruß

Zentralkomitee des
Kommunistischen Bundes
Österreichs

ÖBB: 1000 Neueinstellungen gefordert

Mit ungewohnter Schärfe hat der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft Prechtl kürzlich in einem Rundfunk-Interview und in der "Presse" gefordert, daß im Budget 1981 1.000 zusätzliche Dienstposten für die ÖBB vorgesehen werden müßten. Andernfalls würden die Eisenbahner nur noch "Dienst nach Vorschrift" versehen, das heißt, die Überstundenarbeit über das vorgeschriebene Maß hinaus verweigern. "Im Hinblick auf die Betriebssicherheit ist der niedrige Personalstand nicht mehr zu verkraften", erklärte er der "Presse". Pro Jahr müssen derzeit sechs Millionen Überstunden gemacht werden; allein um die Resturlaube von 1979 bestreiten zu können, müßten 1.900 zusätzliche Eisenbahner eingestellt werden; die Freischichten können nicht in Anspruch genommen werden; es gibt zuwenig Arbeitsmannschaften für die Erhaltung der Bahnanlagen.

Seit 1945 ist der Beschäftigtenstand von 124.000 auf derzeit 70.000 gesunken. Allein in den letzten zehn Jahren sind 7.000 Dienstposten eingespart worden. "Das oberste Limit ist jetzt erreicht, und auch 'draußen' gibt es einen starken Druck", sagte Prechtl. Der Druck von "draußen" von den Mitgliedermassen der Eisenbahnergewerkschaft ist also bereits so stark geworden, daß der Vorstand ausdrücklich von seiner bisherigen Politik, den Rationalisierungs- und Abbauplänen zuzustimmen, abgehen muß und sogar die Wiedereinplanung von bereits gestrichenen Dienstposten fordern muß. "Wir gehen von unserer Forderung nicht herunter, das ist nicht unser Problem, wie sie das machen", sagte Prechtl. Mit "sie" meinte er den Kanzler, den Finanz- und den Verkehrsminister.

Zu den Gehaltsverhandlungen sagte er, er wolle zunächst die Indexentwicklung im Herbst abwarten, neben einer Teuerungsabgeltung solle auf jeden Fall ein Realeinkommenszuwachs erzielt werden.

Die Gefahr besteht natürlich, daß bei den Gehaltsverhandlungen die Gehaltsforderung zum Tauschobjekt für die Forderung nach zusätzlichen Dienstposten wird. Und die Worte vom notwendigen über das Ausmaß des Realeinkommensabbaus der letzten Jahre gesprochen wird. Allein um die Reallöhne zu sichern wäre eine Gehaltserhöhung von 9%, mindestens 900,- notwendig. Zu bedenken bleibt ferner, daß nicht 1.000, sondern 3.000 zusätzlich Eisenbahner notwendig wären allein um die Überstundenarbeit zu beseitigen.

Doch wenn der Kampf um die 1.000 Neueinstellungen wirklich aufgenommen und von der Gewerkschaftsführung, wie es ihre Pflicht wäre, angeleitet wird, würde das den Sanierungsplänen der Regierung für das Staatsbudget einen schweren Schlag versetzen, die Eisenbahner und alle öffentlich Bediensteten im Kampf um eine ausreichende Gehaltserhöhung stärken und auch eine deutliche Signalwirkung auf alle anderen Branchen haben. Für die Eisenbahner heißt das, dafür zu sorgen, daß mit den Ankündigungen von Prechtl auch ernst gemacht wird. (ma)

Philips Althofen: Kündigungen

Im Bandgerätewerk Treibach-Althofen, wo Cassetten- und Radiorecorder hergestellt werden, zittern die Frauen um ihren Arbeitsplatz. Hier der Bericht einer Kollegin:

"Wir waren zirka 1200 Arbeiterinnen, als das Werk Anfang der siebziger Jahre gebaut wurde. Damals hieß es: Für diese arme Region ein wahrer Segen, noch dazu wo es kaum zu Kündigungen kommen kann. Denn das ist bei einem Betrieb wie Philips kaum möglich. Wenn's einem Betrieb innerhalb des Konzerns schlecht geht, dann schützt der Konzern die Arbeitsplätze.

Heute, einige Jahre später, sieht's anders aus. Laufend wurde in den letzten Wochen gekündigt. Die Situation ist für uns undurchschaubar. Da werden die Frauen einzeln ins Büro gerufen und verschwinden dann. Wenn jetzt noch 600 Frauen beschäftigt sind, dann ist das gut und wenn's 600 bleiben, dann ist das ein gutes Ergebnis. Andere Frauen die nicht gekündigt wurden, werden gezwungen in Urlaub zu gehen und jede mit der bangen Frage, ob sie dann wieder kommen würde oder auch die Kündigung bekommt.

Warum gekündigt wird, ist weder von den Vorgesetzten noch von den Betriebsräten zu erfahren. Das Einzige, was zu erfahren war ist, daß der jetzt produzierte Cassettenrecorder im Herbst ausläuft und es fraglich ist was dann kommt.

Für uns in dieser Gegend hier, ist der Verlust des Arbeitsplatzes eine Katastrophe. Wo wieder etwas finden und zu welcher Bezahlung?

Bei uns wurde auch Schicht gearbeitet, als das Werk noch florierte. Jetzt wird die Schicht eingestellt, ganze Schichtbänder stehen still. Früher war es auch so, daß ganz junge Kolleginnen aufgenommen wurden. Für die Schicht und für die Normalarbeitszeit. Das waren oft noch Kinder und man dachte sich, die würden eigentlich noch lieber spielen. Aber dann wurde die Aufnahme der ganz jungen Mädchen vor allem für die Schicht eingestellt und jetzt wurden viele von ihnen entlassen.

Aber trotz des ganzen Chaos bleibt der Akkord. Wir haben eine 80er Leistung, früher sogar eine 84er. Der Akkord ist mörderisch, wie wahrscheinlich überall bei Philips. Ich zum Beispiel sitze oft in der Pause und arbeite, um die Stückzahl von 235, oft auch 250 Stück überhaupt zu schaffen. Es ist auch bei uns keine Seltenheit, daß Frauen bewußtlos hinausgetragen werden. Meist sind das die ganz jungen Kolleginnen, die diese Arbeit noch nicht aushalten und die oft bei den brutalen Arbeiten sitzen.

Oft kommt es mit so vor, als ob wir denen ausgeliefert wären und nichts tun können. Aber wehren muß man sich und es wäre nicht schlecht, wenn es in Treibach-Althofen auch eine Betriebszeitung wie das "Videosignal" geben würde. Denn bei dieser Arbeit und bei diesen Zuständen darf sich niemand wundern, wenn man ein Kommunist wird."

ARGUMENTE

Schädliche KP-Forderung

Die KPÖ-Fraktion in der Gewerkschaft ist nun mit einer Forderung für die Kollektivvertragsverhandlungen der Metallarbeiter herausgekommen. Laut "Volksstimme" fordert der Gewerkschaftliche Linksblock: "Die Abgeltung der Teuerung von September 1979 bis September 1980 sollte durch einen Fixbetrag in der Höhe von 700,-- Schilling für alle gleich erfolgen. Weiter fordert die Fraktion des Gewerkschaftlichen Linksblocks eine vierprozentige Bruttolohnsteigerung als Abgeltung der Produktivitätssteigerung. Hinzu kommt ein Paket mit sozialen Forderungen.

Was ist von dieser Forderung zu halten? Rechnet man einfach aus, wieviel dabei herauskäme, wenn sie durchgesetzt würde, sieht sie ziemlich radikal aus. Je nach Lohngruppe würde sie S 620,-- bis S 680,-- netto ausmachen. Sieht man die Forderung genauer an, zeigt sich, daß die KPÖ mit diesem Vorschlag den Metallarbeitern einen äußerst schädlichen "Dienst" erweist:

"Bei der Abgeltung der Teuerung ging der GLB vom Bruttodurchschnittsverdienst der Metallarbeiter und einer Teuerungsrate von 6 Prozent aus. Diese 700,- Schilling Fixbetrag würden eine tatsächliche Nettoabgeltung der Teuerung bedeuten, aber noch keine echte Reallohnerhöhung", schreibt die "Volksstimme".

Indem sie eine Lohnerhöhung um brutto S 700,-- als Teuerungsabgeltung verkauft, betreibt die KPÖ das Geschäft der Kapitalisten. Von den S 700,- würden netto für die unteren Lohngruppen rund 430,--, für die höheren knapp S 400,-- bleiben. Das bedeutet für die Lohngruppen 4 bis 1 mit durchschnittlichen Bruttolöhnen von derzeit 10.000,- bis 12.500,- Schilling (netto 7.400,- bis 8.900,- Schilling) Nettoerhöhungen von 5,7 bis 4,5 Prozent! Die sechsprozentige Nettolohnerhöhung, die die KPÖ-Fraktion für ausreichend hält, gibt es erst für die Lohngruppen 5 und darunter, erst bei den niedrigsten Lohngruppen werden die 700,- Schilling eine Netto-Erhöhung um 7 Prozent bewirken.

Die 700,- Schilling-Forderung der KPÖ ist ganz nach dem Muster der sogenannten "solidarischen Lohnpolitik" gebaut, die den Lohnabbau für die unteren Lohngruppen mildern und ihm bei den oberen freien Lauf lassen soll. Sie entspricht genau der Forderung, die die sozialdemokratischen Chefs der Chemiearbeitergewerkschaft heuer aufgestellt hatten, und hat dieselbe spalterische Wirkung, weil sie dem Reallohnabbau höchstens bei den Schlechtestverdienern irgendetwas entgegensetzt. Bekanntlich endeten die Chemie-Verhandlungen mit einem Abschluß von S 550,-- was für die Chemiearbeiter einen Kaufkraftverlust von bis zu 200,- Schilling bedeutete. Selbst das erkannte die KPÖ aber noch als eine Abgeltung der Teuerung an (z.B. in der Julinummer ihrer Werkszeitung "Der Semperitarbeiter") und beklagte nur die fehlende Abgeltung der gestiegenen Leistung.

Die Mehrzahl der Arbeiter wird wohl nicht die Illusion haben, daß heuer eine Reallohnsteigerung erkämpft werden könnte. Jetzt muß einmal der Reallohnabbau der letzten vier Jahre gestoppt werden. Wer uns weismachen will, daß dazu 700,- Schilling ausreichen, macht die Arbeiterschaft wehrlos gegen alle Angriffe der Kapitalisten, die ja schon Argumente dafür sammeln, daß es heuer keine volle Abgeltung der Teuerung geben soll, also offen für weiteren Reallohnabbau eintreten.

Gleichzeitig erleichtert die KPÖ mit diesem Forderungsvorschlag den sozialdemokratischen Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung ihr Geschäft, die Arbeiter mit allerhand Betrügereien wie der Benya'schen Reallohnformel hinters Licht zu führen und zu spalten.

Den radikalen Anstrich gibt sich die KPÖ-Fraktion mit ihrer Forderung nach einer zusätzlichen vierprozentigen Abgeltung der Produktivitätssteigerung: "Eine echte Lohnerhöhung ist erst durch die prozentuelle Abgeltung der Produktivitätssteigerung zu erreichen". Zumindest ein Teil dieser 4 Prozent wäre notwendig, um den Reallohn überhaupt zu halten, die KPÖ verkauft das aber bereits als Reallohnsteigerung. Käme es wirklich zu Verhandlungen auf dieser Basis, wären die 4 Prozent das erste, was vom Tisch gewischt wird.

Indem die KPÖ diesen Teil ihrer Forderung als Reallohnsteigerung ausgibt, verzichtet sie in Wirklichkeit von vornherein darauf, ihn durchzusetzen, und lügt gleichzeitig den tatsächlich erfolgenden Reallohnabbau hinweg.

Hinter dieser Art, die Forderung zu stellen, steckt aber noch mehr: Die KPÖ fordert eine Reallohnsteigerung mit der Begründung, daß die Produktivität der Arbeit gestiegen ist. Dafür, daß ihre Arbeit mehr Produkte schafft, sollen die Arbeiter auch einen größeren Anteil an diesen Produkten bekommen. So gerecht diese Forderung klingen mag, so sehr beschönigt sie die wirklichen Verhältnisse im Kapitalismus. Denn der Anteil, den die Arbeiter an den Produkten erhalten, wird nicht dadurch bestimmt, wieviel sie zu ihrer Erzeugung beitragen. Wenn das so wäre, müßten sie alles bekommen, und die Kapitalisten nichts. Der Anteil der Arbeiter an den von ihnen geschaffenen Produkten wird eben nur durch den Wert ihrer Arbeitskraft bestimmt, durch den Wert der Produkte, die sie brauchen, um ihre Arbeitskraft täglich zu erneuern und für Nachwuchs an Arbeitskräften zu sorgen. Aber auch nur dann, wenn die Arbeiterschaft ständig den Kampf um den Lohn führt, wird es ihr gelingen, die Kapitalisten zu hindern, den Preis der Arbeitskraft - den Lohn - auf die Dauer sogar unter ihren Wert zu drücken.

Wenn die Kapitalisten die Produktivkraft der Arbeit durch die Verbesserung der Maschinerie und die Verbesserung der Arbeitsorganisation steigern, steigern sie meistens auch die Intensität der Arbeit, zwingen den Arbeiter, in einem Tag mehr von seiner Arbeitskraft auszugeben. Die Erfordernisse für die Wiederherstellung der Arbeitskraft steigen in diesem Maß, und eine Reallohnerhöhung wird notwendig, damit der Lohn dem Wert der Arbeitskraft wieder entspricht. Das soll nicht heißen, daß sich die Arbeiterklasse mit der Erhaltung des Werts ihrer Arbeitskraft zufrieden geben soll. Nur sind - wie Marx sagte - die Kämpfe der Arbeiter in 99 von 100 Fällen Abwehraktionen gegen Angriffe der Kapitalisten. Das sollte bedacht werden. Es ist ja richtig: selbst wenn der Lebensstandard der Arbeiterklasse erhalten bliebe und ihre Reproduktion gesichert wäre, würde die ständig steigende Produktivität der Arbeit dazu führen, daß ihr relativer Anteil am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum sinken würde, und damit auch ihre gesamte Stellung in der Gesellschaft.

In einer günstigen Situation könnten die Arbeiter sich einen Anteil an dem von ihnen geschaffenen zusätzlichen gesellschaftlichen Reichtum erkämpfen. Und das ist auch notwendig. Karl Marx schreibt, daß der Arbeiter "ohne das momentane Steigen desselben (des Arbeitslohnes) über das Minimum von allen Fortschritten der Produktion, des öffentlichen Reichtums, der Zivilisation ausgeschlossen bliebe, also von aller Möglichkeit der Emanzipation (der Befreiung)". Aber Marx betont auch, daß dieses Steigen über das Minimum im Kapitalismus immer nur momentan ist. Es ist ja gerade auch die steigende Produktivität der Arbeit, die es den Kapitalisten ermöglicht, Arbeiter überflüssig zu machen, ihre Konkurrenz untereinander zu verschärfen und mithilfe dieser Konkurrenz den Arbeitslohn wieder zu drücken. Wer wie die KPÖ jahraus, jahrein, egal in welcher Lage, predigt, die Arbeiter sollen um Abgeltung der gestiegenen Produktivität kämpfen, verschleiert den wahren Charakter des Lohns, der eben kein gerechter Anteil am Produkt ist, auch nicht der Gegenwert für geleistete Arbeit, sondern nichts anderes als der Preis der Arbeitskraft, die im Kapitalismus eine Ware ist und zu ihrem Wert gehandelt wird: der verschleiert damit auch, daß die Arbeiter ihren "Anteil" am gesellschaftlichen Reichtum nur dadurch bekommen können, daß sie das Lohnsystem beseitigen. Eine Partei allerdings, deren einzige Zukunftsperspektive es ist, einmal als Statthalter der Sowjetunion selber den österreichischen Kapitalismus zu verwalten, kann den Arbeitern auch im gewerkschaftlichen Kampf nur das Bild von einem erträglichen Kapitalismus malen, aber keinen Weg im Kampf weisen. (ma)

Leserbrief: Staat bestiehlt Bestohlene

Man möchte es nicht für möglich halten: Werden einem "Staatsbürger" sämtliche Dokumente gestohlen, so wird er - einmal nicht genug - auch noch vom bürgerlichen Staat ausgesackelt! Konkret: Während meines Urlaubes haben sich "geschickte Burschen" meines Autos angenommen und mir nebst Geld sämtliche amtlichen Dokumente gestohlen. Als da waren: Reisepaß, Führerschein, Zulassungsschein, KFZ-Steuerkarte, ÖAMTC-Mitgliedskarte. Über Unachtsamkeit meinerseits kann man dabei streiten: aber darum gehts hier gar nicht, sondern darum, was der bürgerliche Staat in diesem Fall noch an "Bearbeitungsgebühren" und "Bundesstempelmarken" kassiert:

Diebstahlsanzeige (ohne die man keine Duplikate der Dokumente bekommt): einmal S 70,- und einmal S 12,- Stempelmarken; Zulassungsschein: zweimal S 70,- und einmal S 100,- Stempelmarken (Berufsnachweis kostet extra S 20,- Stempelmarke); Führerschein: S 276,- Stempelmarken und Bearbeitungsgebühren. Das macht in Summe: S 718,- für Stempelmarken und Bearbeitungsgebühren.

Damit noch nicht genug: In meinem konkreten Fall hat mich das noch mehr gekostet: Weil das Führerschein-Original nicht in Graz (wo ich seit Jahren gemeldet bin), sondern in einem anderen Ort in der Steiermark ausgestellt wurde, hat es die Führerscheinstelle in Graz abgelehnt, ein Duplikat auszustellen. Das kostete mich noch extra zweimal S 140,- für die Bahnfahrt. Dazu kommt noch - Amterrennerei ohne Auto ist fast unmöglich - zweimal S 9,- Parkplatzgebühren und - weil der bürgerliche Staat noch nicht genug Fotos von mir besitzt - S 80,- für Paßfotos. Zu guter Letzt die ÖAMTC-Mitgliedskarte: Duplikat kostet S 25,-. Der ganze "Spaß" kostete mich also (bis jetzt) ganze S 1.121,-, die Zeit für die Ämterrennerei (im ganzen sechs Stunden Amtswege und fünf Stunden für die Fahrt mit der Bahn) noch gar nicht gerechnet. Der Staat kassierte dabei allein S 736,- an "Bearbeitungs- und Stempelgebühren". (Sollte es einem "Staatsbürger" nicht gelingen, den Finanzbeamten in der KFZ-Steuerstelle davon zu überzeugen, daß er für sein Auto regelmäßig KFZ-Steuermarken gepickt hat, muß er ab Oktober 1979 nachzahlen. Mir ist dieses "Kunststück" in zwanzigminütiger Überzeugungsarbeit gelungen - ich "ersparte" mir dadurch eine zweite KFZ-Steuerzahlung für zehn Monate, das wären S 750,- gewesen.)

Betrachtet man diese Angelegenheit von dieser Seite, so wird die direkte Bevormundung und Gängelung des Volkes durch die Ämter und Behörden des bürgerlichen Staates noch zu einer zusätzlichen "kleinen Einkommensquelle" für Androschs Budget. Unbedingt ist dieser Teil auf der "Einnahmenseite" im Budget zu den Massensteuern und -gebühren zu rechnen, mit denen der bürgerliche Staat und die Aufrechterhaltung der Herrschaft des Kapitals finanziert wird.

Ein doppelt Bestohlener aus Graz

ZUSATZURLAUB FÜR SCHWERARBEITER

Der Metallarbeitergewerkschaftstag im Mai hat beschlossen, diese Forderung bei den Kollektivvertragsverhandlungen aufzustellen. Verbesserungen für die Schwer- und Schwerstarbeiter - das betrifft vorallem die Akkord- und Schichtarbeiter. Die Frage der Schichtarbeit ist in den letzten zwei Jahren mehr und mehr zu einer der wichtigsten und am heftigsten debattierten Fragen der Gewerkschaftsarbeit geworden. Das ist kein Wunder, ist doch ein großer und ständig wachsender Teil der Industriearbeiter von dieser besonders schädlichen Form der Ausbeutung betroffen.

AUSDEHNUNG DER SCHICHTARBEIT IN ÖSTERREICH

Über 50% der Arbeiter folgender Branchen sind Schichtarbeiter:

* Bergwerke und Eisenerzeugende Industrie
* Papier- und Zellstofferzeugende Industrie
* Papier und Pappeverarbeitende Industrie
* Textilindustrie

In folgenden Branchen sind es zwischen 33% und 50%:

* Glasindustrie
* Chemische Industrie
* Gießereien
* Eisen- und Metallwarenindustrie

Insgesamt sind über 13% aller österreichischen Arbeiter Schichtarbeiter. Das sind mehr als 290.000 Arbeiter.

ZWEI STANDPUNKTE ZU DEN FRAGEN DER SCHICHTARBEIT

In der Auseinandersetzung darüber, welche Forderungen die Gewerkschaft zur Schichtarbeit aufstellen soll, gibt es zwei Standpunkte:

Der eine: Schichtarbeit ist unvermeidlich, weil sie entscheidende Bedeutung für die Konkurrenzfähigkeit der "eigenen" Kapitalisten hat und daher auch für die Sicherheit der Arbeitsplätze. Deshalb kann man nur gewisse Erleichterungen für die Schichtarbeiter anstreben. Und auch das nur unter Bedachtnahme auf die wirtschaftliche Lage.

Der andere: Ziel der Gewerkschaft muß die Abschaffung (gesetzliches Verbot) der Nacht- und Schichtarbeit sein, außer in solchen Fällen, wo das technisch nicht möglich ist (z.B. Hochöfen, Raffinerien,...Krankenhäuser...). Diese Ausnahmen müssen vom Betriebsrat bzw. der Gewerkschaft genehmigt werden. Natürlich kann man das nicht von heute auf morgen durchsetzen. Daher ist auch der Kampf um die Verbesserung der Lage der Schichtarbeiter notwendig. Nur so kann überhaupt die Kraft gesammelt werden, um ein Verbot der Nacht- und Schichtarbeit durchzusetzen.

Die Gewerkschaftsführung vertritt den ersten dieser beiden Standpunkte. Sie macht damit die Gewerkschaftspolitik abhängig von der Konkurrenzfähigkeit "unserer" Kapitalisten und vom Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaft. Daß das die Arbeitsplätze nicht sichern kann, zeigt ein Blick auf die bisherige Entwicklung des Kapitalismus oder auf die verschiedenen Länder: Regelmäßige kapitalistische Krisen und Arbeitslosigkeit gibt es seit Mitte des vorigen Jahrhunderts - obwohl die Schichtarbeit nicht abgeschafft sondern ausgedehnt wurde. Hohe Arbeitslosigkeit gibt es z.B. in England, der BRD oder den USA trotz Ausdehnung der Schichtarbeit. (Der Verzicht auf den Kampf um ausreichenden Lohn und bessere Arbeitsbedingungen die Arbeitsplätze nicht sichern kann, werden wir im nächsten KLASSENKAMPF behandeln.)

GEWERKSCHAFTSTAG: AUSSER ZUSATZURLAUB NICHTS NÜTZLICHES

Der Metallarbeitergewerkschaftstag hat einen Beschluß zur Verbesserung der Lage der Schwerarbeiter gefaßt. Außer der Forderung nach Zusatzurlaub bringt er nichts Nützliches. Vage Hinweise, daß warmes Essen auch für die Spät- und Nachtschicht notwendig ist; ebenso eine Verbesserung der Pausenregelung und eine Verbesserung des betriebsärztlichen Dienstes. Aber keine klaren Forderungen, kein Wort darüber, wie und bis wann das durchgesetzt werden soll. Brauchbar ist nur die Festlegung, bei den heurigen Kollektivvertrags-Verhandlungen zu fordern: Eine Woche Zusatzurlaub für Schwerarbeiter! Zwei Wochen Zusatzurlaub für Schwerstarbeiter! (Als Schwerarbeiter bezeichnet die Gewerkschaft: Akkordarbeiter und Bezieher von Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrenzulagen. Als Schwerstarbeiter: Nachtarbeiter, Nachtschichtarbeiter, Untertagarbeiter. Arbeiter im normalen Zweischichtbetrieb fallen unter keine der beiden Kategorien. Das ist schlecht und mindert den Wert dieses Beschlusses.)

KEINE ABSTRICHE VON DER FORDERUNG BEI DEN KV-VERHANDLUNGEN

Die Forderung nach Zusatzurlaub ist nützlich und auch so klar, daß man damit etwas anfangen kann. Es ist jetzt wichtig, daß sie nicht auf dem Papier bleibt, sondern bei den KV-Verhandlungen auch tatsächlich aufgestellt wird. Außerdem wird man darauf achten müssen, daß sie bei den Verhandlungen nicht gleich wieder vom Tisch kommt, wenn die Kapitalisten zu zetern beginnen, das wäre nicht möglich und würde die Wirtschaft gefährden. Weiters muß man damit rechnen, daß die Kapitalisten versuchen werden, die Forderung nach Zusatzurlaub gegen die Lohnforderung auszuspielen. Darauf darf man auf keinen Fall eingehen! Erstens ist beides notwendig, und zweitens kann man beides nur durchsetzen, wenn die Arbeiter geschlossen dafür eintreten. Spielt man die beiden Forderungen gegeneinander aus, so spaltet man damit die Arbeiter, denn für den einen ist der Zusatzurlaub wichtiger als für den anderen, der davon unmittelbar nichts hat, weil er kein Schwerarbeiter ist.

ZUSATZURLAUB: NÜTZLICH ABER ZU WENIG

Tag für Tag, Jahr für Jahr müssen tausende Arbeiter in Schicht oder im Akkord arbeiten, oder besonders schmutzige, anstrengende oder gefährliche Arbeiten verrichten. Wie soll da eine Woche Zusatzurlaub die Folgen dieses übermäßigen Verschleißes an Arbeitskraft ausgleichen? Der Betriebsratsobmann der Erdölarbeiter des Bohrbetriebes Paltendorf sieht das sehr klar: "Echt helfen kann nur eine kürzere tägliche Arbeitszeit." Und ein Kranfahrer aus dem Stahlwerk Ternitz erzählt: "Wenn ich Urlaub mache, spucke ich noch eine Woche lang Staub." (Solidarität 6/80).

Ziel: Verbot der Nacht- und Schichtarbeit und der Akkordarbeit. Alle Forderungen zur Verbesserung der Lage der Schwerarbeiter sind nur sinnvoll, wenn sie als Schritte zur Erkämpfung des generellen Verbots der Nacht- und Schichtarbeit - außer, wo das technisch nicht möglich ist - und des Verbots der Akkordarbeit aufgestellt werden.

ZUSATZURLAUB BEI DIESER KV-RUNDE DURCHSETZEN



Nach Schichtschluß bei Semperit/Traiskirchen

ZUSATZURLAUB DURCHSETZEN UND DANN WEITERGEHEN

Es ist also notwendig, den Zusatzurlaub bei den Kollektivvertragsverhandlungen durchzusetzen und dann weiterzugehen:

Verbesserung des Arbeiterschutzes für alle Arbeiter! Die Schichtarbeiter und Akkordarbeiter brauchen einen längeren Urlaub am dringendsten. Aber die Intensität der Arbeit und damit der Verschleiß der Arbeitskraft ist für alle Arbeiter in den letzten Jahren gewaltig gestiegen. Eine Woche Urlaub mehr für alle ist längst überfällig.

Zusatzurlaub ist in Ordnung, reicht aber nicht. Die nächsten Schritte müßten sein: Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche. Zuersteinmal für die Schicht- und Akkordarbeiter, dann aber möglichst bald für alle. Ebenso: Herabsetzen des Pensionsalters auf 60 Jahre für Männer, 55 Jahre für Frauen.

Die Forderung nach Zusatzurlaub ist nützlich, aber zu wenig. Die Gewerkschaft muß unbedingt weiter gehen. Das ist aber nicht möglich, solange nicht wenigstens diese Forderung durchgesetzt ist. Gelingt es nicht, bei den heurigen KV-Verhandlungen diese Forderung durchzusetzen, so wird die Gewerkschaftsführung bei jedem Versuch, weitergehende Verbesserungen des Arbeiterschutzes durchzusetzen, erklären: "Das wäre ja nicht schlecht, aber zuerst brauchen wir den Zusatzurlaub. Und die Kapitalisten werden auch die nicht durchgesetzte Forderung nach Zusatzurlaub gegen jede weitergehende Forderung ausspielen.

Außerdem: gelingt es nicht, wenigstens diese minimale Verbesserung durchzusetzen, so hat die Arbeiterschaft tatsächlich nicht die Kraft, bedeutendere Forderungen durchzusetzen. Daher: keine Abstriche von der Forderung nach Zusatzurlaub! (dr)

RADIKALE ERHÖHUNG DER SCHICHTZULAGE

Die Zulagen für die Nacht- und Spätschicht sind Bestandteil des Kollektivvertrags. Bei den Kollektivvertrags-Verkandlungen werden auch diese Zulagen jedesmal neu festgelegt. In den Vergangenen Jahren wurden sie gewöhnlich um den selben Prozentsatz wie die Kollektivvertrags-Löhne erhöht. Die Nachtschichtzulage beträgt laut Kollektivvertrag 6,90 Schilling pro Stunde, die Spätschichtzulagen 1,55 Schilling.

SCHICHTARBEITER LEBEN TEUER

Schichtarbeit macht krank. Das weiß jeder Schichtarbeiter aus eigener Erfahrung, das beweisen auch zahlreiche medizinische Untersuchungen - und das ist der Gewerkschaftsbewegung längst bekannt.

Um diese negativen Auswirkungen auf die Gesundheit wenigstens etwas zu vermindern brauchen die Schichtarbeiter mehr Geld:

Bessere, ruhigere Wohnungen, wo man auch am Tag halbwegs schlafen kann.

Bessere und daher auch teurere Erholung

Und hochwertigere Lebensmittel. (Univ.Prof.Dr. W. Haiden rät den Schichtarbeitern: Möglichst viel frische Milch und Milchprodukte; kein normales sondern Vollkornbrot; Frisches Obst und Gemüse und hochwertiges Fleisch. Also alles was besonders teuer ist)

Deshalb ist es notwendig, bei den Kollektivvertrags-Verhandlungen zu fordern:

SCHICHTZULAGE FÜR DIE NACHTSCHICHT: 50% VOM LOHN FÜR DIE NACHMITTAGSSCHICHT: 30% VOM LOHN!

Die jetzigen Zulagen nur um den selben Prozentsatz zu erhöhen wie die Kollektivvertrags-Löhne reicht bei weitem nicht!

Eine Erhöhung der Zulagen auf 50% bzw. 30% würde auch den "Appetit" der Kapitalisten nach weiterer Ausdehnung der Schichtarbeit einschränken. Den Kapitalisten geht es ja darum, mittels der Schichtarbeit ihre Profitrate zu erhöhen. Müssen sie aber den Arbeitern bei Schichtbetrieb nicht nur ein paar Schilling mehr zahlen sondern um fast ein Drittel oder bei Nachtschicht um die Hälfte mehr so wird die Einführung der Schichtarbeit zumindest für einen Teil der Kapitalisten weniger rentabel. Beseitigen kann man die Schichtarbeit durch Erhöhung der Zulagen nicht die weitere Ausdehnung der Schichtarbeit beschränken aber schon.

Daß die Forderung nach Erhöhung der Schichtzulagen auf 30% bzw. 50% vom Lohn keineswegs illusorisch und überspitzt ist, zeigt auch der Vergleich der Schichtzulagen in den Philipsbetrieben anderer europäischer Länder mit Philips/Horny in Wien auf dieser Seite.

BRD-GEWERKSCHAFTEN: FORDERUNGEN FÜR SCHICHTARBEITER

In der BRD wurde in den letzten 20 Jahren die Nacht- und Schichtarbeit immer weiter ausgedehnt:

	1959	1975	
Schichtarbeiter	2.406 Mill.	3.637 Mill.	+ 51%
Nachtarbeiter	2.381 Mill.	2.480 Mill.	+ 4%
Sonn- und Feiertagsarbeiter	2.078 Mill.	3.224 Mill.	+ 55%

Bis 1990 soll die Schichtarbeit um weitere 8% ausgedehnt werden. Aber dagegen gibt es Widerstand, der von den Gewerkschaften organisiert wird:

Der Hauptvorstand der Postgewerkschaft kündigte am 27. 6. den Tarifvertrag zur Arbeitszeit und fordert:

* Schichtzulagen 50% vom Lohn
* Anerkennung der Zeit von 20 bis 6 Uhr als Nachtschicht
* Ausdehnung der Pausen und Anrechnung aller Pausen als Arbeitszeit

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr fordert:

* Verbot der ständigen Nachtarbeit
* Herabsetzung des Pensionsalters für Schichtarbeiter auf 55 Jahre
* Verbot der Überstunden und aller "Anreizsysteme" (Akkord-, Prämienarbeit) bei Schichtarbeit

SCHICHTZULAGEN BEI PHILIPS

Der Europäische Metallarbeiter Gewerkschaftsbund hat in einer Untersuchung über die "Arbeitsbedingungen in den europäischen Philips-Betrieben" folgende Statistik veröffentlicht:

Schichtzulagen bei Philips in

Italien	Dänemark	Frankreich	Niederlande	Schweden
2%	9%	10%	16%	40%

Bei Philips/Horny in Wien bekommen die Arbeiterinnen in der Spätschicht eine Zulage von 7,- Schilling pro Stunde. Das sind 13,46% des durchschnittlichen Stundenlohns von 52,- Schilling. Die Zulage liegt also unter denen in den Niederlanden und in Schweden.

Wie würde sich unsere Forderung nach einer Erhöhung der Spätschichtzulage auf 30% und der Nachtschichtzulage auf 50% vom Lohn auswirken?

Derzeit beträgt der Stundenlohn öS 52,-, die Zulage 13,46% (= öS 7,-) zusammen macht das öS 59,- und pro Tag öS 472,-. Nach Erhöhung der Zulage wäre das ein Stundenlohn von öS 52,-, die Zulage für die sechs Stunden von 14 bis 20 Uhr (30% = öS 15,60,-) zusammen öS 67,60 und mit der Zulage für die zwei Stunden von 20 bis 22 Uhr (50% = öS 26,60) zusammen öS 78,60; somit pro Tag öS 562,80.

Die Zulage für alle acht Stunden (sechs Stunden Spätschicht + zwei Stunden Nachtschicht) betrüge also 35% vom Lohn. Immer noch weniger als in Schweden.

VERKÜRZTE ARBEITSZEIT FÜR SCHICHTARBEITER

Dazu kommt noch, daß die Schichtarbeiter in den anderen europäischen Philipsbetrieben bessere Arbeitszeitregelungen haben:

Philips Dänemark:

Normalarbeitszeit 40 Stunden pro Woche
Schichtarbeitszeit 38 Stunden pro Woche

Philips Schweden:

Normalarbeitszeit 40 Stunden pro Woche
Schichtarbeitszeit 38 Stunden pro Woche

Philips Italien:

Normalarbeitszeit 40 Stunden pro Woche
Schichtarbeitszeit 36 Stunden pro Woche

Philips Belgien:

Normal- und Schichtarbeitszeit 38 Stunden pro Woche

Den UNO-Sitz des Demokratischen Kampuchea verteidigen!

Es ist schon eine seltsame Auslegung der UNO-Resolutionen, die den Abzug der vietnamesischen Truppen fordern und den Sitz der Regierung des Demokratischen Kampuchea in der UNO anerkennen, wenn UNO-Generalsekretär Waldheim bei seiner unternommenen Vermittlungsreise mit der thailändischen und der vietnamesischen, nicht aber der Regierung des Demokratischen Kampuchea zusammentrifft. Über ihren Kopf hinweg zu verhandeln, liegt durchaus im Interesse der sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren: Ihnen geht es in Wirklichkeit nur zum Teil um eine "entmilitarisierte Zone" zwischen Kampuchea und Thailand, wodurch ein Hinterland der kampucheanischen Befreiungskämpfer abgeschnitten würde und trotzdem die Möglichkeit offen bliebe, diese Zone wieder eines Tages hinwegzufegen oder Thailand über die laotische Grenze anzugreifen. Zum anderen Teil darum, sich und die Phnom Penher Marionetten als Verhandlungspartner und vertragswürdige Parteien zu etablieren. Thailand und die ASEAN-Staaten lehnen das weiterhin ab und fordern den Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea. Über die scharfe Kritik, die sie an der Waldheim-Reise übten, berichtet die Deutsche Presseagentur: "Die Vorwürfe reichen von der Pflichtvergessenheit bis zur Parteinahme für Vietnam. Der stellvertretende Regierungschef von Singapur, Rajaratnam, erklärte Mittwoch abend, Waldheim habe bei seinen Gesprächen in Hanoi jene UNO-Entschließung ignoriert, die den Abzug vietnamesischer Truppen aus Kambodscha fordert. Statt die Kernprobleme anzupacken, habe Waldheim gehandelt, als ginge es um einen Konflikt zwischen Vietnam und Thailand. Die der thailändischen Regierung nahestehende Presse unterstellte Waldheim Donnerstag Sympathien für Vietnam. Der Generalsekretär hatte sich bei einer Besichtigungsfahrt an die thailändische Grenze Dienstag geweigert, die Beutewaffen in Augenschein zu nehmen, die Bangkok als Beweis für einen vietnamesischen Überfall auf Thailand eingesammelt hatte." (zit.n. "SN", 8.8.)

Auf der UNO-Vollversammlung im September muß der Sitz des Demokratischen Kampuchea neuerlich verteidigt werden. Indien hat am 7.7. das Heng Samrin-Regime anerkannt. Dagegen haben innerhalb eines Monats unter anderem folgende Länder ihre Unterstützung des Demokratischen Kampuchea in der UNO bekräftigt:

* Kanada (der Staatssekretär des Außenministeriums Ende Juni)
* Japan (der Außenminister am 9.Juli zu Ieng Sary),
* Nepal (der Außenminister Mitte Juli),

Senegal (Präsident Senghor am 23.7. bei der Akkreditierung des Botschafters des Demokratischen Kampuchea),

Bangladesh (Präsident Ziaur Rahman in einem Interview mit der chinesischen Nachrichtenagentur Xhinhua).

Einer Meldung der "Süddeutschen Zeitung" vom 29.7. zufolge hat sich auch der Beglaubigungsausschuß der UNO für die Aufrechterhaltung des Sitzes des Demokratischen Kampuchea ausgesprochen. "Der UNO-Sitz des Demokratischen Kampuchea ist prinzipiell anerkannt, aber bei jeder neuen Sitzung irgendeines Gremiums gibt es erneut ein Tauziehen darum", hat Ive Hout, Vertreter des französischen Komitees der Patrioten des Demokratischen Kampuchea, im Juni bei einem Gespräch in Österreich erklärt. Ein solches Tauziehen gab es auch bei der unlängst abgehaltenen UNO-Weltfrauenkonferenz, auf der 140 Länder vertreten waren. Dennoch konnte die Delegation des Demokratischen Kampuchea mit Sozialminister Ieng Thirith an der Spitze dank großer Unterstützung ihren Sitz dort einnehmen und über die notwendige Unterstützung des kampucheanischen Widerstandes sprechen.

Ähnlich wie voriges Jahr wird die Sowjetunion auch heuer wieder einen Antrag zum Entzug des Sitzes des Demokratischen Kampuchea und dessen Ersetzung durch das Heng Samrin-Regime einbringen. Damals, am 21.9.1979, sind die Sozialimperialisten mit 71 NEIN-Stimmen gegenüber 35 PRO und 34 Enthaltungen gescheitert (Österreich enthielt sich der Stimme7. Am 14.11. wurde mit 91 gegen 21 Stimmen bei 29 Enthaltungen der "Rückzug aller ausländischen Truppen" gefordert (Österreich stimmte mit JA).

Die Fortschritte im Befreiungskampf, das Nicht-Existieren einer den westlichen Imperialisten genehmen "dritten Kraft" und die sowjetische Invasion in Afghanistan haben inzwischen klarere Verhältnisse geschaffen. Auf der anderen Seite sind die sowjetischen Betrugs- und Erpressungsmanöver Legion und einige Einbrüche wie der Fall Indien, ein Land, das in der Blockfreienbewegung immerhin einiges Ansehen genießt, aber selber Regionalexpansionismus betreibt sind nicht auszuschließen. Umso wichtiger ist es, die österreichische Bundesregierung mit der Forderung nach Anerkennung des Demokratischen Kampuchea und einer entsprechenden Haltung in der UNO unter Druck zu setzen.

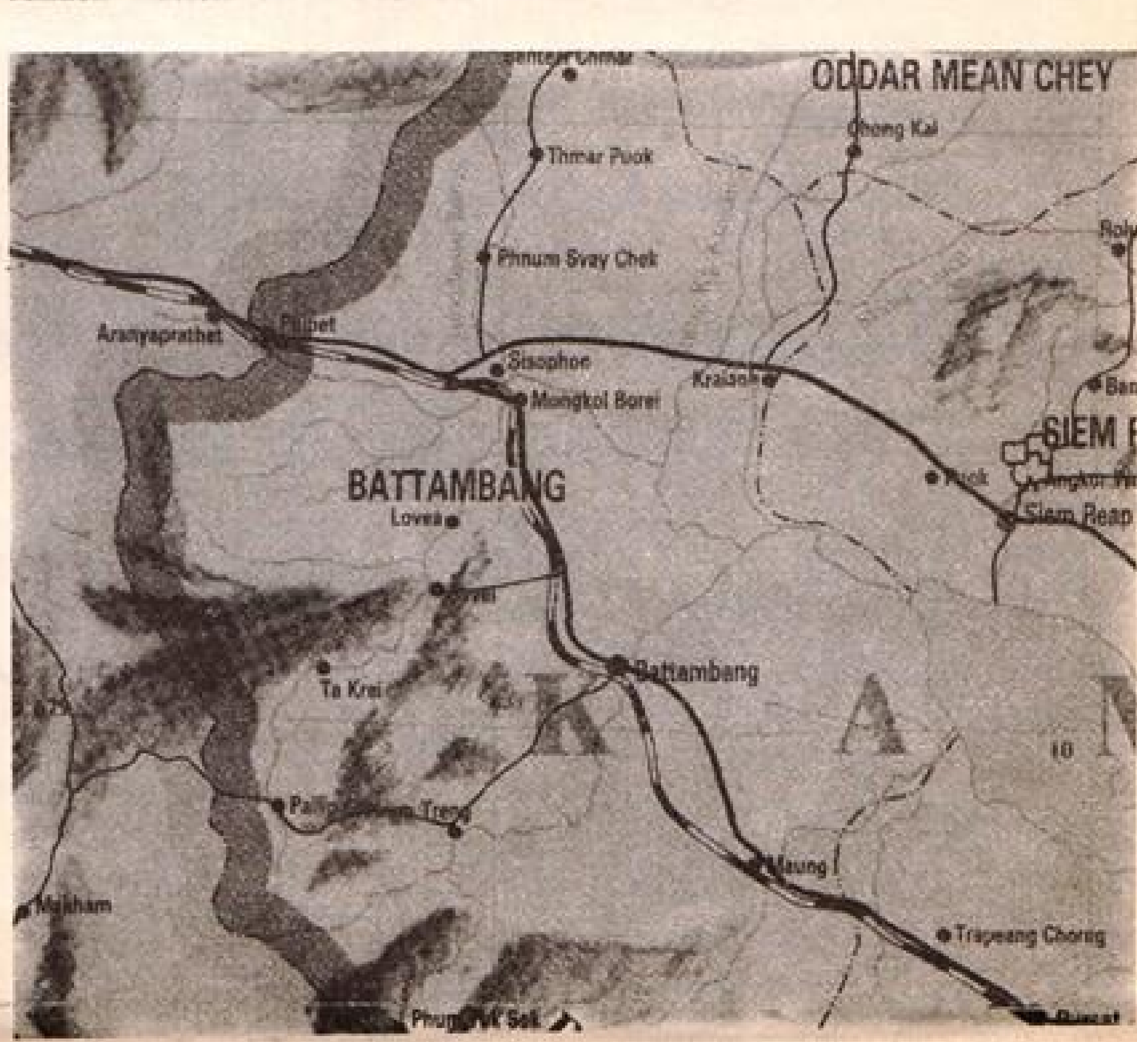
Während das vietnamesische Marionettenregime versucht, einige Journalisten, die nicht revisionistischen Parteien angehören, wie vom "Spiegel" oder dem österreichischen "Extrablatt" durch ihre besetzten Gebiete zu schleusen, damit sie hinterher Stimmung gegen die "Pol-Pot-Rebellen" machen können, entfaltet auch die Regierung des Demokratischen Kampuchea ihre Öffentlichkeitsarbeit. Am 5. Juli besuchten acht japanische Journalisten, teilweise von Fernsehgesellschaften und alle Mitglieder des japanischen Kampuchea-Unterstützungskomitees, ein befreites Gebiet; am 8. 7. Vertreter des französischen Fernsehens, der Tanjug, der Newsweek, der Far Eastern Economic Review und der französischen Libération und am 23. 7. drei Mitglieder des Sekretariats der französischen "Kambodscha-Solidaritätsbewegung". Weiters wird eine zweite internationale Kampuchea-Solidaritätskonferenz vorbereitet. Ieng Sary traf anläßlich seines Aufenthalts zur Besetzung des früheren Ministerpräsidenten Ohira mit dem Vorsitzenden der japanisch-kampucheanischen Freundschaftsgesellschaft zusammen, die zusammen mit dem Kampuchea-Unterstützungskomitees dieselbe vorbereiten und am 25. 7. ein japanisches Organisationskomitee hiefür gegründet haben.

PHNOM MALAY UNTER KONTROLLE DES DEMOKRATISCHEN KAMPUCHEA

Seit ihrem Einfall in Thailand am 23. Juni versuchen die Vietnamesen den Gebirgszug Phom Malay an der thailändischen Grenze (bei Bavel und Ta Krei) südlich der Straße Nr. 5 einzunehmen. 3000 und später noch mehr Mann sowie Panzer und schwere Artillerie wurden eingesetzt. Einen Monat danach hatten sie ihr Ziel immer noch nicht erreichen können, entgegen verbreiteten Falschmeldungen.

Nördlich der Straße Nr. 5 haben die Guerillas am 20. und 23. 7. zwei breit angelegte Ausrottungszüge in den Bezirken Thmar Puok und Sisophon zum Scheitern gebracht. Schon am 3. und 4. 7. hatten die Aggressoren im Sisophon Distrikt zwei Posten aufgeben müssen, neben ca. 30 anderen (vgl. KLASSENKAMPF 18/80).

Die nationale Armee Kampucheas und die Guerilla-Einheiten schalten täglich 400-450 feindliche Soldaten aus, das ist um 30% mehr, als die Regierung zu Beginn der Regenzeit als Ziel gesteckt hat (50.000 in den sechs Monaten der Regenzeit). Auch der "Kurier", der seine Informationen aus Bangkok erhält, konnte nicht umhin, am 21. 7. zu berichten: "Im Dschungelkrieg kaum geschlagen: Die Roten Khmer werden immer stärker".(bo)



Afghanistans Volkskrieg entfaltet sich

Fortschritte im militärischen Kampf der Befreiungsbewegung gegen die sowjetischen Aggressoren, massive sowjetische Truppenverstärkungen, fieberhafte Umrüstung der sowjetischen Armee, Zersetzung und Massendesertion der Marionettenarmee, totale Isolierung und interne Kämpfe im Marionettenregime, Bildung einer Provisorischen Regierung durch die Befreiungsbewegung - das ist die Lage in Afghanistan in den letzten Wochen.

Die SU hat ihre Truppen massiv verstärkt; es müssen bereits weit über 100.000 Mann sein; die Umrüstung für eine beweglichere und den Bedingungen besser entsprechende Kriegsführung ist in vollem Gang; ein neuer Panzer ist im Einsatz, der die Feuerkraft eines mittleren Kampfpanzers hat, aber kleiner und schneller ist; außerdem wurde damit begonnen, die Soldaten mit kugelsicheren Westen auszustatten; die Desertionen haben zugenommen, einige sowjetische Soldaten kämpfen jetzt in den Reihen der Befreiungsbewegung. Die SU hat nirgendswo Fortschritte im Kampf gegen die Befreiungsbewegung erzielt. So hat sie vor allem die Luftwaffe massiv eingesetzt. Da die größeren Städte allesamt von der Befreiungsbewegung eingekreist sind, haben MIG 12 und gepanzerte Kampfhubschrauber die Umgebung der Städte - sozusagen als "Entlastungsmaßnahme" - bombardiert. Allein zwischen 6. und 16. Juli sind 60 Dörfer aus der Luft angegriffen worden. Tausende Tote unter der Zivilbevölkerung und 40.000 Obdachlose waren die Folge. Die Luftangriffe konzentrierten sich auf die Provinzen Ghazni (120 km südlich von Kabul) und Wardak und Logar (beide südlich von Kabul), wo auch die größten Meutereien in der afghanischen Marionettenarmee stattfanden. Um Kabul wurde ein "Sicherheitsgürtel" gezogen, mit 40 km Durchmesser, und die Hauptstadt hermetisch abgeriegelt. Die Besatzungsarmee hat wieder einen General durch ein Attentat verloren; es handelt sich um denjenigen, der für die Kordination der Spionage an der pakistanischen Grenze und für die Infiltration in die Befreiungsbewegung verantwortlich war. Damit hat die SU bereits seit Dezember vier ihrer Generale in Afghanistan verloren.

MEUTEREI IN DER KABULER ARMEE - DREI DIVISIONEN GEHEN ZUR BEFREIUNGSBEWEGUNG ÜBER

Mehr noch als mit dem Kampf gegen die Guerillatätigkeit der Befreiungsbewegung war die sowjetische Armee mit dem Kampf gegen meuternde Truppenteile der Marionettenarmee beschäftigt. Neben einer Serie von kleineren Meutereien (z.B. Rishkor und Kote-Achro) haben sich vor allem die 4. und 5. Division (stationiert in Pul-i-Charki nahe Kabul) sowie die 14. Panzerdivision gegen das Karmalregime erhoben. Letztere Einheit war die stärkste und am schwersten bewaffnete Einheit der Kabuler Armee; sie war nicht nur mit Panzern, sondern z. B. auch mit SAM-Boden-Luft-Raketen ausgestattet. Sie war in der Garnison Ghazni stationiert. Als der Kommandant der Einheit abgesetzt und ein neuer eingesetzt wurde, wurde letzterer sofort liquidiert. Daraufhin wurde die Garnison von sowjetischen Panzertruppen umstellt und ab 25. 7. - ebenso wie die umliegenden Dörfer - von der Luft aus bombardiert. Nach heftigen Kämpfen haben sich Anfang August 90% der Division, etwa 5.000 Mann, samt Waffen und Gerät abgesetzt und sind auf die Seite der Befreiungsbewegung übergegangen. Das bedeutet eine neuerliche qualitative Dezimierung der Marionettenarmee, deren Stärke von der Befreiungsbewegung vor kurzem auf 20.000 Mann geschätzt wurde. Die sowjetische Armee ist in die geräumte Garnison eingerückt - und das taucht inzwischen in unseren Zeitungen als "Niederwerfung der Revolte" auf. Die Dezimierung und der Zerfall der Marionettenarmee hat sich auch im letzten Beschluß des Zentralkomitees der Marionettenpartei niedergeschlagen: Hauptaufgabe sei die "Stärkung" von Armee, Polizei und Geheimdienst.

KÄMPFE INNERHALB DES MARIONETTENREGIMES

Die Meutereien in der Marionettenarmee werden hierzulande bloß als Rivalitäten zwischen dem Khalq und dem Parcham-Flügel in der Marionettenpartei dargestellt. Tatsächlich liegen ihnen aber Widerstand gegen die sowjetische Besatzung, der Aufschwung des Volkswiderstandes und die zunehmende Ausweglosigkeit und Zersetzung des Marionettenregimes zugrunde. Es stimmt, daß sich zwei prosowjetische Fraktionen in Regierung und Parteispitze blutig bekriegen: Die Marionetten murksen sich gegenseitig ab planen Putsche gegeneinander, sperren sich gegenseitig ein. Aus einem Trumpf der Sozialimperialisten, der ihnen erlaubte, die Marionetten gegeneinander auszuspielen, hat sich dieser interne Kampf längst in ein gefährliches Element der Zersetzung des gesamten Regimes verwandelt. Wenn revoltierende Armeeinheiten auf die Seite der Befreiungsbewegung überlaufen, dreht es sich jedenfalls nicht mehr um innere Zwistigkeiten zweier prosowjetischer Fraktionen. Die SU hat lange Zeit hindurch beide Flügel protegiert; der Chef des Khalq-Flügels und Hauptrivale Karmals, befindet sich seit Monaten "aus gesundheitlichen Gründen" in Moskau. In der jetzigen zugespitzten Lage scheint die SU den Weg von Säuberungen der Khalq-Leute und der Zentralisation aller "Macht", d. h. des gesamten Dienstbotenwesens, in der Hand von Karmal für günstiger gehalten zu haben. Ein Putsch gegen Karmal, mit sowjetischer Unterstützung, wenn es weiter bergab geht, ist aber keinesfalls ausgeschlossen.

BEFREIUNGSBEWEGUNG INFILTRIERT KABUL

Die Befreiungsbewegung hat damit begonnen, zehntausende ihrer Kämpfer nach Kabul einzuschleusen. Nach der Bombardierung der Umgebung Kabuls und angesichts des katastrophalen Lebensmittelmangels hat sie einen Flüchtlingsstrom nach Kabul gelenkt, darunter auch ihre Kämpfer. Zwischen 10.000 und 30.000 davon befinden sich bereits in Kabul. Ein Sprecher hat angekündigt, daß sich noch bis Ende des Ramadan (Mitte August) der Kampf in Kabul verschärfen werde. In den Paghman-Charikor-Bergen (20 km im Nordwesten von Kabul) haben sich Kämpfer der Befreiungsbewegung verschanzt; von dort aus könnte auch ein Aufstand in der Hauptstadt mit Waffen versorgt werden. Das Marionettenregime und die Besatzermacht haben offenbar nicht mehr die Kontrolle über Kabul. Zum Beispiel haben die Verhandlungen des Kommandanten der meuternden 14. Panzerdivision mit anderen aufständischen Militärs mitten in Kabul stattgefunden. Die Streiks bzw. Boykotte und Demonstrationen der Bevölkerung der Hauptstadt, insbesondere der Schüler, konnten bisher nicht gebrochen werden. Mitte Juli wurden bei Demonstrationen 300 Schüler verhaftet. Inzwischen wurden die Schulen und Universitäten, zuerst für drei Wochen, jetzt überhaupt geschlossen. Begründung: Keine Garantie mehr für die Sicherheit des Ausbildungsbetriebes, nachdem es laufend zu Attentaten gegen prosowjetische Lehrer usw. gekommen war.

PROVISORISCHE REGIERUNG GEBILDET

In Anbetracht der Zuspitzung der Lage hat die Befreiungsbewegung eine Provisorische Regierung gebildet. Das hat am 3. August der Vorsitzende des auf der Versammlung aller Stammsführer im März in Peshawar gegründeten "Islamischen Nationalrats", Gaylani, in Islamabad bekannt gegeben. Sie hat ihren Sitz in den befreiten Gebieten Afghanistan.

AFGHANISTAN BRAUCHT UNTERSTÜTZUNG UND WAFFEN

Das alles darf jedoch nicht über die Probleme des afghanischen Widerstandes hinwegtäuschen. Der Zusammenschluß der nationalen Kräfte ersetzt nicht eine revolutionäre Führung. Vor allem aber wird der afghanische Widerstand nach wie vor wenig unterstützt. Von den europäischen Ländern scheint nur England Waffen an die Befreiungsbewegung zu liefern. Daraufhin befragt erklärte Carrington, entscheidend sei, daß die Afghanen mit Waffen unterstützt würden; woher diese kämen, sei zweitrangig. Die Befreiungsbewegung, die mehrmals an die europäischen Länder zwecks Unterstützung herangetreten ist, hat zugleich erklärt, daß sie jede Art von ausländischer Einmischung ablehnen, darunter auch die Stationierung einer "internationalen Friedenstruppe" nach einem eventuell "politisch" erzwungenen Abzug der SU. Wären die sowjetischen Truppen außer Landes, dann sei in Afghanistan der Friede gesichert. (wl)

Polen: Triebkräfte, Bedingungen, Ziele der Streikbewegung

Anfang Juli traten die ersten Belegschaften großer Metall- und vor allem Maschinenbaubetriebe in den Streik. Die Belegschaftsstärken bewegten sich zwischen 10000 und 20000. Die Ausdehnung der Streikbewegung verlief innerhalb der Metallbranche vom Maschinenbau hin zur (relativ niedrigst bezahlten) Elektroindustrie und insgesamt von der Industrie zum öffentlichen Dienst und Dienstleistungssektor wie Handel, Nahverkehr v.a. in Ost- und Südpolen (Zentrum Lublin).

Letzte Woche schließlich wurden auch die öffentlichen Verkehrsbediensteten der Ostseehäfen einbezogen, unmittelbar darauf die Hafenarbeiter: Zunächst hatten die Straßenbahner in Gdansk, Gdynia und Sopot die Arbeit niedergelegt, am 31.7. haben die Hafenarbeiter von Gdynia eine Lohnerhöhung von 10% durchgesetzt. Mehrere hundert Arbeiter von den Großwerkstätten des Hafens hatten sich angeschlossen; die Ausweitung der Streikfront hat die Hafenleitung zum Einlenken gezwungen. Am 2.8. schließlich sind im Hafen von Gdansk die Kranführer in den Streik getreten. Es fällt auf, daß jene Belegschaften den Anfang machten, die auch 1976 in vorderster Front standen. Andererseits haben sich die Hafen- und Werftarbeiter, die 1970 an der Spitze standen, erst nach vier Wochen angeschlossen. Das Eintreten der (besonders schlecht bezahlten) Arbeiter der Dienstleistungsbetriebe in die Streikbewegung gab es in dem Umfang weder 1970 noch 1976. Was sind die Gründe dafür?

Die gegenwärtige Lage der Arbeiterklasse insgesamt ist durch deutlichen Reallohnabbau gekennzeichnet. Vor allem seit 1978 entsprechen Lohnerhöhungen von 1 bis 2% pro Jahr Preissteigerungen von 3 bis 4%. Der Durchschnittslohn von 4.850 Zloty aus dem Jahr 1978 müßte heute - bei Ausgleich der Teuerung - bei 5.190 Zloty liegen; tatsächlich beträgt er nur 5.000 Zloty.

Und auch um diese minimale Lohnerhöhung muß es beträchtliche Auseinandersetzung auf Betriebsebene gegeben haben. 1978 wurde nämlich die Entwicklung der Löhne an die Produktivität gebunden: Für 1% Steigerung der Produktivität durfte der Lohnfonds um 0,48% steigen. Tatsächlich aber sind die Löhne insgesamt pro 1% Steigerung der Produktivität um 0,8 bis 0,9 Prozent gestiegen.

Gegenstand der jetzigen Streiks, ihre Forderungen, sind neben dem Kampf gegen die Preiserhöhungen (vor allem bei Butter und Fleisch) und Lohnforderungen auch Forderungen gegen Erhöhung der Normen und Akkordsätze. Z.B. haben diese Arbeiter der Flugzeugfabrik in Mielec (Südpolen) die Rücknahme der Normerhöhung durchgesetzt.

Insgesamt kann man an der Höhe der Lohnforderungen (10 bis 20 Prozent) ermessen, wie weit der Preis bereits unter den Wert der Arbeitskraft hinuntergedrückt worden sein muß. Es geht immerhin um 500 bis 1.000 Zloty. Soweit zur Geldseite des Lohns.

Man muß jedoch auch andere Bestandteile des Lohns, z.B. die verbilligte Kantinenversorgung, einbeziehen. Gerade dazu werden ebenfalls Forderungen erhoben: bessere und ausreichende Essensversorgung, v.a. mit Fleisch. Zu den Preissteigerungen kommt nämlich die Tatsache, daß Fleisch von den Arbeiterkantinen und Läden, in denen die Volksmassen einkaufen, in die "Spezialläden" umgelenkt wird, natürlich zu erhöhtem Preis. Dadurch wird es dem Arbeiterkonsum entzogen und zum Privileg der hohen Beamten und Funktionäre. Das ist eine raffiniertere Spielart, als die Methode der direkten und unverhüllten Preissteigerung von durchschnittlich 69 Prozent wie 1976.

Betrachten wir jetzt die Ausgangslage vor den Streikkämpfen 1970, 1976 und heute. 1970 waren die Preiserhöhungen im Vergleich zu 1979 und heute eher gering, im Schnitt 16 bis 22 Prozent, aber sie trafen die Arbeiterklasse nach einer Periode unablässiger Einschränkung der Reproduktionsmöglichkeiten zwischen 1961 und 1970. Der Klassenkampf dagegen war noch schwach entwickelt. Eine Zeitlang wurde die Steigerung der Ausbeutung und die Untergrabung der Reproduktion durch zunehmende Frauenarbeit kompensiert; so stellten sich die Auswirkungen erst nach einigen Jahren heraus. 1970 kam es zur Explosion. Ganz anders war die Lage bereits 1976. Die Arbeiterklasse war der neuen Bourgeoisie bereits einmal massiv entgegengetreten. Die neue Bourgeoisie hatte 1970 mit Nachgeben und Ausweichen reagiert. Betrug der Planansatz für die Lohnsteigerungen 1970 bis 1975 18,9 Prozent, stiegen die Löhne tatsächlich um 40 Prozent. Allerdings gelang es der neuen Bourgeoisie, im Unterschied zur vorhergehenden Periode, wo die minimalen Lohnerhöhungen vor allem auf die niedrigen Lohngruppen entfielen, eine stärkere Aufspreizung und Spaltung des Lohngefüges durchzusetzen. 1970 hatten die Streiks ihren Ausgang von den Werftarbeitern genommen. Dort war die Rationalisierung und Steigerung der Ausbeutung bsonders scharf, weil dieser Produktionszweig besonders intensiv - im Rahmen der von der Sowjetunion den anderen RGW-Ländern aufgezwungenen "Spezialisierung" - in die sowjetische Aufrüstung und Wirtschaftsentwicklung eingebunden wurde. Die Werftarbeiter gehörten (neben dem Bergbau) zu den am schärfsten ausgebeuteten Teilen der Arbeiterklasse, erhielten aber auch relativ höhere Löhne. Nach 1970 verfolgte die neue Bourgeoisie ihr Ziel, die Arbeiterklasse zu spalten, sie niederzuhalten und den Widerstand gegen die andauernde Lohnsenkungspolitik zu unterdrücken, vor allem über eine Politik zunehmender "Lohndifferenzierung", bewerkstelligt durch die Entwicklung des Prämien- und Zuschlagswesens. In der Metallindustrie ist ihr das aber am wenigsten gelungen; dort konnte die aus den 60er Jahren herrrührende Zusammenziehung des Lohngefüges besser verteidigt werden. Für die Kampfbedingungen, für die Herstellung der Arbeitereinheit war das günstig. So führten die Kämpfe von 1976 die Maschinenbauarbeiter in Ursus an, die - abgesehen von Werften und Eisenhütten - zu den am besten bezahlten Teilen der Arbeiterklasse gehörten.

1980 sind es kampferfahrene große Belegschaften der Metallbranche, die die Bewegung anführen. Diese greift aber über auf besonders benachteiligte Abteilungen der Lohnabhängigen, v.a. im öffentlichen Dienst, dessen Ausweitung einherging mit massenhafter Frauenarbeit und dementsprechend gedrücktem Lohnniveau. Aber auch ein politischer Faktor hat die Situation im öffentlichen Dienst verschärft: Das Zulagensystem schaut so aus, daß Militär, Polizei und Sicherheitsdienst, also der staatliche Gewaltapparat, Privilegien bei Prämien und Kindergeld besitzen. Daher war eine Hauptforderung der Eisenbahnarbeiter in Lublin die Angleichung des Zulagenwesens an die Regelung dieser privilegierten Abteilungen.

Bis etwa 1970 war die Produktion v.a. extensiv ausgedehnt worden. Ab Anfang der 70er Jahre wurde vor allem auf die intensive Steigerung der Produktion und der Ausbeutung Kurs genommen. Dem entsprechen bestimmte besondere Formen des Widerstandes, zu denen die Arbeiterklasse gereift; sie zeigen sich vor allem in den hohen Ausfallzeiten, die durchaus mit Zunahme der Überstunden Hand in Hand gehen. Letztere werden angeordnet und auch geleistet; die Arbeiter erhalten Zuschlag dafür. Die Pausen, die sie brauchen gegen die Steigerung der Intensität, nehmen sie sich in der Normalarbeitszeit. Genau das soll abgestellt werden: Ausfallzeiten sollen Lohnkürzungen nach sich ziehen. 25 Prozent der Gesamtarbeitszeit sind Ausfallzeiten.

Die massive Steigerung der Ausbeutung, vor allem der Intensität der Arbeit, ist auch der Hintergrund der jetzigen Streikbewegung. Die Preissteigerungen selbst haben die Kämpfe nur ausgelöst, verstärkt z.B. durch Vorkommnisse, wie daß die Arbeiter beim Verladen von "Fisch" zum Transport in die Sowjetunion durch Zufall entdecken, daß es sich nicht um Fisch, sondern um polnischen Qualitätsschinken handelt.

Bereits 1970 ging es bereits um mehr, als nur Preiserhöhungen. Damals stand die Ausweitung und Umwälzung des Prämiensystems an. Hauptzweck war das Einreißen der "Gleichmacherei" und "Nivellierung" der Lohnspaltung zwischen den Lohngruppen. Weiters die Verschärfung der Lohnspaltung zwischen den einzelnen Branchen: Deren Bezahlung sollte sich ab jetzt nicht so sehr nach der verausgabten Arbeitskraft richten, sondern nach den "volkswirtschaftlichen Prioritäten" der einzelnen Zweige der Volkswirtschaft. Seit damals steht die polnische Arbeiterklasse ununterbrochen im Kampf gegen die Durchsetzung dieser Umwälzungen des Lohnsystems.



1976. Arbeiter der Traktorenfabrik URSUS bei Warschau blockieren die Bahnlinie Warschau. Sie standen auch diesmal in vordester Front der Streikbewegung gegen die Preiserhöhungen bei Fleisch, an der bislang mindestens 80 Betriebe und rund 100.000 Arbeiter beteiligt waren.

Dreimal bereits hat die neue Bourgeoisie im Verlauf des Klassenkampfes der letzten zehn Jahre deutliche Niederlagen einstecken müssen. Immer wieder hat sie durch Kehrtwendungen und Haken versucht, die Sache doch durchzusetzen. 1970 war die Einführung der Ausweitung des Prämiensystems in besonders perfider Ausprägung geplant: Die Antreiberei der Staatsbeamten und oberen Leitungskader sollte den Maßstab setzen für Erhöhungen der Prämienfonds der Arbeiter; d.h. also, je schärfer angetrieben wird, desto höher die Gratifikationen für die Aufseher, und im entsprechenden Prozentsatz sollten die Fonds für die Arbeiter erweitert werden. So war das aber nicht durchzusetzen. Die Kehrtwendung der neuen Bourgeoisie nach 1970 bestand vor allem darin, daß eine Finte ausgekocht wurde: Die Betriebe sollten größere Selbständigkeit bei der Verteilung der Lohnfonds erhalten und eigene Zulagen- und Prämiensätze vereinbaren können. Gleichzeitig wurde eine Ebene zwischen Staatsapparat und Betrieb eingeschoben, die sogenannte "Wirtschaftsorganisation" (LEC), entweder horizontale Zusammenlegungen mehrerer Betriebe einer Branche, oder den Trusts verwandte vertikale Zentralisation der Produktion auf verschiedenen Stufen des Prozesses der Verarbeitung (auch Kombinate genannt). Nach den Kämpfen von 1976 kam neuerlich eine Kehrtwendung: Die zentrale Staatsgewalt über die Lohnfestsetzung wurde wieder verstärkt, weil sich herausstellte, daß die Betriebsleitungen immer massiver ins Schußfeld kamen und zum direkten und greifbaren Gegner der Belegschaft wurden. Kampfstarke Belegschaften konnten sich leichter durchsetzen, die "egalisierenden Tendenzen", nämlich stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen, hielten an, das Lohngefüge kam immer mehr in "Unordnung". So erhielt 1978 der Staat, die Ministerien, erneut die Gewalt, die Lohnentwicklung im Fünfjahresplan festzulegen. De facto bedeutete das, daß die sogenannten "Selbstverwaltungskonferenzen" auf Betriebsebene - ein System, der Mitbestimmung vergleichbar, in dem Direktoren und "Arbeiterräte", unter Beiziehung von Gewerkschaftsfunktionären, gemeinsam die Rentabilitätsprobleme und Investitionsentscheidungen des Betriebs verhandeln - als das erschienen, was sie auch sind, nämlich Verhüllung der tatsächlichen Entmachtung der Arbeiterklasse in der Produktion. Ausserdem wurde durch die neuerliche Zentralisierung der Entscheidung den Betriebsdirektoren jede Tarifbefugnis aberkannt, d.h. daß sie nicht mehr eigenständig über Lohnerhöhungen verhandeln konnten.

Sieht man sich den Verlauf der jüngsten Kämpfe an, so ist dort praktisch durchgesetzt worden, daß erstens die Betriebsdirektoren direkte Verhandlungsgegner der Arbeiter sind, zweitens von den Arbeitern selbst ernannte Streikausschüsse die Vertreter der Belegschaft in den Verhandlungen sind. Dies neben den offiziellen Gewerkschaften, die sich als Vollstrecker der staatlichen Planziele hervortun und offen angegriffen werden. Vom Kampfverlauf von 1976, wo solche Streikausschüsse ebenfalls bereits in Aktion traten, unterscheidet sich der jetzige Kampfverlauf dadurch, daß die Besetzung dieser Verhandlungsdelegationen ständig wechselt, womit die Arbeiter - gestützt auf die Erfahrungen von 1976 - Disziplinierung, Entlassung und Verhaftung sowie Aburteilung der Streikführer - 1976 gab es Kerkerstrafen bis zu 9 Jahren, obwohl die Staatsmacht die meisten Streikführer im Nachhinein freilassen mußte - erschwerten. Man darf auch nicht unterschätzen, welchen Eindruck es auf die Betriebsdirektoren macht, wenn sie mit Hunderten "Rädelsführern" konfrontiert sind.

Einzelne Bezirksverbände der revisionistischen Partei (PVAP) haben als Reaktion auf die jüngsten Kämpfe sogenannte "Streikverhütungsausschüsse" gebildet: Diese sollen sich mit den Forderungen der Arbeiter "auseinandersetzen", z.T. auch direkt Verhandlungen mit Streikausschüssen aus den Betrieben führen und sich zur scharfen Kritik an der Gewerkschaft äußern.

Letzteres ist eine entscheidende Frage der Kämpfe: Welche Aufgaben hat die Gewerkschaft? Was soll man von einer Gewerkschaft halten, die sich in ein Unterdrückungsinstrument der neuen Bourgeoisie und ihres Staates verwandelt hat? Zur Verschärfung der Angriffe auf die Okkupierung der Gewerkschaft durch die revisionistischen Machthaber hat auch noch beigetragen, daß in den Verhandlungen mit den Betriebsdirektoren über die Lohnforderungen mehrfach auch Funktionäre der Gewerkschaft den Arbeiterausschüssen gegenübersaßen - als "Vertreter" der Arbeiter. Man muß also davon ausgehen, daß sich die Auseinandersetzung um die Gewerkschaft verschärfen wird.

Seitens der revisionistischen Propaganda, aber nicht nur dort, sondern auch in verschiedenen österreichischen Zeitungen, werden die Streiks als vollkommen sinnlos hingestellt: Mehr Lohn würde auch nicht mehr Lebensmittel herschaffen, sondern nur die Inflation anheizen. Erstens haben die Arbeiter nicht nur Lohnforderungen gestellt, zweitens aber ist der Kampf um Lohnforderungen ein entscheidender Bestandteil des Klassenkampfes. Die Wirtschaftskrise, die sich in Disproportionalitäten der Produktion, Versorgungsmängeln ausdrückt, hat ihren Grund darin, daß das Land von einer neuen Bourgeoisie beherrscht und zudem von der Sowjetunion ausgeplündert wird. Der Handel Polens mit der Sowjetunion trägt die Züge von Beschlagnahmung für die sowjetische Kriegswirtschaft. Mit Lohnerhöhungen allein ist dem nicht beizukommen. Dazu ist eine neue Revolution notwendig, die Befreiung vom sowjetischen kolonialen Joch und zugleich die Befreiung der Arbeiterklasse von der Ausbeutung und Unterdrückung durch die polnische neue Bourgeoisie. Das heißt aber nur, daß mit den erkämpften Lohnerhöhungen die Kämpfe bzw. deren Ziele nicht erledigt sind, sondern sich im Grunde der Klassenkampf verschärfen muß: Von selbst stehen den erhöhten Löhnen keine entsprechenden Reproduktionsmittel gegenüber. Allerdings mußte die Bourgeoisie bereits in einigen Fällen zusätzliche Lebensmittellieferungen - natürlich auf Kosten der Ausplünderung des Landes durch die Sowjetunion - sicherstellen. Die polnischen Arbeiter haben jedenfalls den richtigen Weg eingeschlagen. Dafür ernten sie ja außer dem Haß der polnischen Bourgeoisie und sowjetischen Drohungen auch den Unwillen und die "Skepsis" z.B. der österreichischen Bourgeoisie, die fieberhaft damit beschäftigt ist, die Streiks für sinn- und nutzlos zu erklären. (wl)

KEINE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN ISRAEL UND CHINA

Wie die chinesische "Beijing Rundschau" soeben berichtete, hat im Juli ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums das Gerücht zurückgewiesen, wonach kürzlich zwei Vertreter Israels China besucht hätten.

Dieses Gerücht war nach seiner Verbreitung durch einige amerikanische und israelische Zeitschriften vor allem von der sowjetischen Agentur TASS begeistert aufgenommen worden.

Der chinesische Regierungssprecher erklärte, daß es sich bei den Meldungen um reine Erfindungen handle, daß jedoch trotzdem die TASS dieses Gerücht "sofort nutzte, um von der Errichtung einer Allianz zwischen Beijing und Tel Aviv zu sprechen und zu erklären, China versuche über Israel Kontakte mit Südafrika herzustellen". Dem hielt er entgegen: "Die chinesische Regierung und das chinesische Volk haben stets den gerechten Kampf der arabischen Völker einschließlich des palästinensischen Volkes und der Völker im südlichen Afrika konsequent unterstützt und die israelische Aggressions- und Expansionspolitik sowie die rassistische Politik der südafrikanischen Behörden verurteilt. Die chinesische Regierung hat keinerlei Beziehungen mit der israelischen Regierung angeknüpft, bekämpft entschieden die rassistische Herrschaft in Südafrika und lehnt jeden Kontakt mit Südafrika ab. Der gerechte chinesische Standpunkt ist in der ganzen Welt bekannt. Doch der üble Versuch der Sowjetunion, Zwietracht zu säen und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem chinesischen Volk, den arabischen Völkern einschließlich des palästinensischen Volkes und den afrikanischen Völkern zu vergiften, ist eitle Hoffnung."

Versuche der Sozialimperialisten und ihrer Handlanger, die proletarisch-internationalistische revolutionäre Außenpolitik Chinas zu verleumden, sind nichts Neues. Erst vor einer Woche hat die revisionistische "Volksstimme" der KPÖ eine ganze Seite ihrer Sonntagsausgabe für "Enthüllungen" über die Beziehungen Chinas und Chiles gewidmet, in denen gerade noch der "Beweis" dafür fehlt, daß 1973 in Chile nicht Pinochet, sondern der chinesische Geheimdienst geputscht hat. Quelle dieser "Enthüllungen": die vietnamesische Zeitung "Nanh Danh".

Das überlegene System

Da sind anläßlich der Olympiade in einer Serie im Kurier Bilder eines emigrierten russischen Fotografen abgebildet worden, die dieser in den Westen mitgebracht hat und die vor allem die Trostlosigkeit des russischen Alltagslebens, die soziale Misere, die Rückständigkeit des Landes und den kleinbürgerlichen Mief, mit dem die Herrschaft der zu Bourgeois gewordenen Bürokraten das Land umgibt, zum Inhalt haben. Sie stellen zwar noch die harmloseren Seiten des Lebens in Rußland dar - die faschistische Unterdrückung kommt kaum zum Ausdruck, und auch kaum die Militarisierung des Landes - doch ist der Gesamteindruck wenig einladend. Ist die Bildauswahl auch zaghaft und der Text des Kurier-Redakteurs in Wahrheit schon wieder eine Beschönigung des Sozialimperialismus, so findet man bei der Volksstimme doch, daß man dem Kurier diese Verletzung des olympischen Friedens nicht durchgehen lassen darf. Denn wo antisowjetische Hetze betrieben wird, läßt die Volksstimme nicht mit sich spaßen. Das Ergebnis ist das folgende:



Welches Bild ist aus der UdSSR, welches aus Österreich? Schwerste Frauenarbeit...



...ist für den „Kurier" ebenso sowjetischer Durchschnitt wie die muffige Wohnung...



...und trostlose Freizeit. Welche Bilder nun aus Wien und Moskau sind, verraten wir im Text.

„Sensationelle Bilddokumente" aus der Sowjetunion kündigte der „Kurier" am Dienstag an, übrigens „exklusiv für Österreich" (was nicht stimmt, weil der auch in Österreich verkaufte westdeutsche „Stern" die Bilder bereits vor Wochen brachte). Und seither werden die „Kurier"-Leser Tag für Tag vor möglichen gefährlichen olympischen Einflüsterungen aus Moskau gewarnt. So werden zum Beispiel im ersten Teil der Serie „Die Russen" Olympia-Touristen beschworen, doch zu bedenken: „Die Fassade der Wohnhausviertel wird sie beeindrucken. Wie aber sieht die Realität, das alltägliche Leben der Russen aus?"

Es sieht trist aus. „Roter Alltag – grau in grau", faßt der „Kurier" zusammen. Und in Bildern wird belegt, wie sich Frauen bei schwerer Arbeit abrackern, daß „die sowjetische Durchschnittswohnung eng, ungemütlich, zu klein" ist und die Freizeit ein trostloses Unterfangen darstellt. Wir haben das Ganze von der anderen Seite genommen und uns zu den „Kurier"-Bildern aus dem „Volksstimme"-Archiv österreichische Bilder gesucht – wie man sieht, sind sie von den „Alltagseindrücken" aus der Sowjetunion nicht zu unterscheiden (als Hilfe: links sind die Bilder aus dem „Kurier", rechts die aus Österreich). Und damit wäre eigentlich auch der Beweis erbracht: Das Leben in Österreich ist so sowjetisch trostlos, daß sich alle Österreicher demnächst in der Donau ertränken oder vom Großglockner stürzen werden!

Ganz so trostlos ist es nicht in Österreich? Dann kann etwas nicht mit den Bildern stimmen – mit denen vom „Kurier" aber auch nicht. Und damit wären wir sozusagen bei der Moral der Geschichte: Ein Bild sagt mehr als tausend Worte, ein Bild gibt aber auch mehr als tausend Manipulationsmöglichkeiten. Ein Photo von einer engen, vollgestopften Wohnung in Moskau – schwupps darunter der Bildtext „sowjetische Durchschnittswohnung" und fertig ist die sowjetische Tristesse. So einfach ist das – und keineswegs nur im „Kurier", anläßlich Olympia gibt's das auch in anderen Zeitungen und vor allem im ORF ...

Wahrhaftig, die Nazis haben seinerzeit mehr für die Überlegenheit der Rasse des Herrn Göbbels vorzubringen gehabt als die Volksstimme heute für die Überlegenheit des sozialistischen Systems des Herrn Breschnew. Was mag in diesem Journalistengehirn vorgegangen sein?

"Also, was tan ma? Sagn ma, die Bilder san gfälscht? Dafür sans zu harmlos. Sagn ma, der Fotograf is in Wirklichkeit emigriert, weil 'er in der Sowjetunion wegen Unterschlagungen gesucht wird? Das kann nie schaden, aber es ändert nix an den Bildern, wir brauchen was gegen die Bilder.

Wenn sie nicht gefälscht sind, dann sind sie manipuliert. Genau, das Ganze ist Manipulation, weil wenn ich solche Bildln machen will, brauch ich nicht erst nach Rußland fahren. Das kann ich in Österreich auch haben. Geh, Poldi, schau einmal ins Archiv, obsd ein paar ähnliche Bildln findst. Armeleutküchen gibts überall, warum solls in Rußland keine geben. Bei uns gibts auch welche, und laßt sichs vielleicht nicht leben in Österreich? Wird sichs in Rußland auch leben lassen! Wenn einem das Vaterland der Werktätigen net gfallt, werden wir ihm mit beißender Ironie entgegenschleudern: In Österreich is's a net schöner! So fallt ihr Hohn auf sie selber zurück. Hast die Bildln? Geh, gibts keine anderen? Die san mir net trostlos genug. Ich brauch noch viel trostlosere, schau nach unter 'Armut in Österreich' oder 'Österreicher werden ausgesackelt' oder sowas. Die Bilder müssen ausschaun, wie wenn's aus Rußland wärn!"

So oder so ähnlich muß es wohl gekommen sein, daß die Volksstimme die Überlegenheit des Systems des Herrn Breschnew bewies, indem sie zeigte, daß das Leben des Volks unter diesem System dem Leben im kapitalistischen System - zum Verwechseln ähnlich sieht. (sj)

Friedenstauben munter fliegen

Von S. Jakob

Die "Olympiade der Rekorde" ist vorüber, und wenn man alles zusammenzählt, was es bei dieser Olympiade an Heuchelei und Lügen an politischer Feigheit und Arschkriecherei gegeben hat, so trägt sie diesen Titel zu recht. Würde man alle, die den Satz "Sport und Politik haben nichts miteinander zu tun" in den Mund genommen haben, auf dem Roten Platz aufstellen und ihn gleichzeitig aussprechen lassen, ergäbe das ein Gebrüll, das die Schüsse in Afghanistan mühelos übertönen würde.

Doch die Sowjetunion selbst brachte den Sinn dieser Spiele am besten zum Ausdruck, als die das olympische Feuer mit einem Flammenwerfer entzünden, und zur Eröffnung und zum Schluß Friedenstauben zur Begleitung von Kanonenschüssen aufsteigen ließ. Der Journalist, der seinen Eindruck mit den Worten schilderte: "Tausende Friedenstauben verdunkelten den Himmel" hat sich dabei zwar nichts gedacht, aber gerade deswegen das richtige Wort für das Gefühl der Bedrohung gefunden, das einen bei diesem Anblick befiel. Die Sowjetunion sollte - besonders wenn zwei Milliarden Menschen im Fernsehen zuschauen - lieber nichts aufsteigen lassen, denn selbst der dümmste Berichterstatter denkt dabei an Bombengeschwader, auch wenn es Tauben sind.

Halb Asien, halb Afrika und halb Amerika haben die Spiele boykottiert. Die Dritte Welt bewies den klarsten Blick für die Rolle, die die Neuen Zaren diesen Spielen zugedacht hatten. Die österreichische Bourgeoisie hingegen erwies sich als einer der besten Verbündeten Moskaus im Kampf gegen den Boykott. Die österreichische Presse übernahm sofort die russische Sprachregelung, der Boykott sei das Werk der USA. Die Länder der Dritten Welt wurden nicht erwähnt. Die Teilnahme am Boykott wurde anfangs erwogen, später von der Haltung anderer Länder abhängig gemacht und schließlich mit der eingangs zitierten Begründung verworfen. Bis zum letzten Tag versprach man den Österreichern, es werde wenigstens einen "stillen Protest" geben, der darin bestehen sollte, daß der Chef des Olympiakomitees Stadtrat Heller nicht ins Olympia-Stadion einmarschieren würde. Doch schließlich konnte er es sich nicht versagen, das Einmarschieren gehört eben zu den Bräuchen dieses Landes, und wenn man schon einmal eingeladen wird, miteinzumarschieren, kann man nicht gut Nein sagen. Am 20. Juli las man noch in AZ, daß der sowjetische Sportminister bei verschiedenen westlichen Delegationen wegen des Boykotts der Eröffnungszeremonie vergeblich interveniert hatte, am nächsten Tag, daß Heller doch mitgehen würde.

Ganz konnten die Österreicher allerdings ihren Protest nicht verbergen, und als sie an Breschnew vorbeimarschierten, zeigten sie es ihm: Sie schauten ihn nicht an. Als eine Zeitung meldete, Erika Strasser hätte Breschnew ein Bussi geschickt, erklärte Heller, er habe ausdrücklich die Weisung gegeben, beim Vorbeimarsch an der Ehrentribüne stur geradeaus zu schauen. Das war Österreichs stummer Protest, und wenn Breschnew noch irgendein Land überfallen läßt, schauen wir ihn überhaupt nicht mehr an! Der "Volksstimme"-Berichterstatter, der nicht genug von "unseren" prächtigen Burschen und Mädeln bei der Olympiade schwärmen konnte, nahm übrigens die Funktionärin am heftigsten gegen die Kußverdächtigung in Schutz, nannte diese eine Diffamierung, infame Lüge und bodenlose Gemeinheit. Warum findet eigentlich er die Behauptung, jemand hätte dem sowjetischen Staatsoberhaupt gewinkt und ein Bussi geschickt, als ehrenrührig?

Schließlich betätigten sich die österreichischen Olympiamachthaber noch als wahre Boykott-Fledderer, freuten sich der freigewordenen Zimmer im olympischen Dorf und schickten ungefähr doppelt so viele Sportler nach Moskau, als ihnen sonst zugestanden wären. Das Damenhockeyturnier wäre infolge des Boykotts der führenden Hockeyländer der Dritten Welt geplatzt, hätte Österreich nicht in letzter Minute seine ganz und gar nicht olympiareife Mannschaft zur Verfügung gestellt.

Als dann Österreichs Liebesdienste an Moskau mit vier Medaillen belohnt wurden, kannte der Jubel kein Ende, und auch diejenigen, die - nachdem die Olympiade sicher unter Dach und Fach gebracht war - am heftigsten beteuert hatten, daß sie niemals zu diesen Propagandaspielen gefahren wären, fanden schließlich, daß der Erfolg das Hinfahren letzten Endes doch gerechtfertigt habe.

Dabei hatten die russischen Gastgeber ihren freiwilligen österreichischen Helfern gegenüber genausowenig Rücksichtnahme bewiesen wie ihren osteuropäischen Zwangsverbündeten gegenüber. Gold ist Gold, dachten sie, und schoben, daß sogar die Balken, die das Wasser bei Talinn bekanntlich nicht hat, verbogen, und der Segler Raudaschl durch die Zeugenaussage und zum Nutzen seines russischen Konkurrenten um die Goldmedaille gekommen ist.

Die KPÖ benahm sich bei jeder österreichischen Medaille, als ob die Sportler sie nur wegen der guten Beziehungen der KPÖ zur KPdSU bekommen hätten, und Muhri erging sich in Glückwunschtelegrammen. Als der Segler Mayerhofer zur Verleihung der Silbermedaille einen schwarzen Trauerflor anlegte, um gegen den Überfall auf Afghanistan zu protestieren, kam die "Volksstimme" allerdings in einen schweren Gewissenszwiespalt: Schließlich ist er ja einer "unserer" tapferen Burschen und Mädeln, und man konnte ihn nicht einfach totschweigen. Kurz entschlossen griff der Redakteur zur Schere und schnitt vom Siegerfoto den Arm mit der schwarzen Binde ab.

Doch nicht nur "unsere braven Burschen und Mädeln", auch "unser einziges Dressurpferd in Moskau" wurde Gegenstand der Hofberichterstattung der "Volksstimme", und eines Tages schmückte sogar die Schlagzeile "Mon Cherie mag keine Gelsen" ihre Sportseite. Und als die Osthandels-Kapitalistentochter, der der Papa zu ihren fünfzehn Pferden, ihrer Tennishalle und ihrem Opel Manta GT noch ein Weltmeisterpferd gekauft hat, ihre Chance wahrnahm, auf dem von der Konkurrenz geräumten Feld mühelos eine Goldmedaille zu gewinnen, gab es für die "Volksstimme", die ja sonst doch mehr für den Massensport eingestellt ist, nur mehr die "hübsche, überaus elegant wirkende Tochter eines bekannten Industriellen", und dann kurz und herzlich "unsere Gold-Sissy".

Doch nachdem sich alle so angestrengt hatten, nachdem die Sportler gesportelt und die Funktionäre funktioniert hatten, nachdem Heller der TASS gegenüber in einem Interview beteuert hatte, wie sehr er den Boykott bedaure und daß er nur nicht verstehe, warum denn die Sowjetunion nun eigentlich in Afghanistan einmarschiert sei - und dann noch trutzig gefragt hatte, ob dss Interview auch im vollen Wortlaut veröffentlicht würde -nachdem der ORF seine halbe Sendezeit für das Moskauspektakel zur Verfügung gestellt hatte, nachdem man sich so viel Mühe gegeben hatte, mußte man feststellen, daß es offenbar doch nicht gereicht hat: Am 7. August konstatierte die "Presse" den Rückgang der Geschäfte mit der Sowjetunion, und ein Wirtschaftsexperte vermerkt: "Nicht einmal die Olympia-Teilnahme konnte ein politisches Entgegenkommen bewirken und damit den Totalausfall eines Marktes wie der Sowjetunion verhindern."

Und Stadtrat Heller, der als Präsident des Österreichischen Olympischen Komitees einige offizielle Gespräche in Moskau geführt hat, betont: "Ich habe klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß wir nach Moskau gekommen sind, die Boykottländer aber die großen Aufträge bekommen."

"So geht das nicht, Herr Heller!" ruft ihm der "Volksstimme"-Redakteur zu. "Ganz abgesehen davon, daß Hellers Behauptungen nicht stimmen, ist ein Tauschgeschäft bei olympischen Spielen fehl am Platz." Erst den Russen in den Arsch kriechen, und dann glauben, man kriegt noch was dafür? Da kennt ihr den Breschnew schlecht! Da hat er noch nie danach gefragt, ob einer sein Freund ist oder sein Feind. er steckt sie alle ein - und die "Freunde" zuerst. (sj)



Hinter den Burschen im Griechenrockerl marschierten im Stechschritt die Militärkapellen